

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeitspalt.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. U. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lamerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 8. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Eine neue Reichstagswahl steht bevor. Der 14. September wird entscheidend sein für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.

Die Notverordnungen, die von der Reichsregierung unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, reden eine deutliche Sprache. Schonung des Besitzes und schonungslose Belastung der geringen Einkommen, rücksichtslose Abwälzung aller Lasten auf die Schichten des Volkes, die ohnedies durch die furchtbare Arbeitslosigkeit das schwerste Notopfer auf sich zu nehmen haben!

Löhne und Kaufkraft der breiten Massen werden gesenkt. Die soziale Versicherung wird verschlechtert, Arbeitslose und Kranke werden noch größerem Elend preisgegeben. Die sozialen Grundrechte des neuen Staates werden zerschlagen. Der Einfluß der Arbeiterschaft in der Führung des Staates wird planmäßig ausgeschaltet.

In dieser Situation, in der sich auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Einfluß des reaktionären Unternehmertums im Parlament immer stärker durchzusetzen droht, gibt es für die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer nur eine Partei, die sie mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft zu unterstützen hat: die Sozialdemokratie.

Nur die Sozialdemokratie hat das im neuen Staat geschaffene soziale Recht im Bunde mit den Gewerkschaften verteidigt. Sie hat den Kampf führen müssen gegen die geschworenen Feinde des neuen Deutschlands auf der äußersten Rechten und Linken, aber auch gegen jene Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen vorgeben. Sie mußte ihn auch führen gegen manche Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in den sozial-

politischen Kämpfen der letzten Vergangenheit widerstandslos preisgegeben haben. Sie steht im Kampf auch gegen alle die radikalen Parteien, die eine hemmungslose Agitation gegen die freien Gewerkschaften führen und ebenso verantwortungslos wie verworren bald den bolschewistischen Sowjetstaat, bald das faschistische „Dritte Reich“ versprechen.

In dem großen Ringen um den demokratischen Ausbau der deutschen Republik, um das wirtschaftliche und politische Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse, um die Ausgestaltung der Sozialversicherung und die Erweiterung des sozialen Schutzes stehen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften allein.

Die Reformvorschläge der Sozialdemokratie zur Finanzreform und Wirtschaftsbelebung, deren Grundgedanken die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit und die unbedingte Aufrechterhaltung der sozialen Verpflichtungen des Reiches waren, sind von der Reichsregierung in den Wind geschlagen worden, weil die gegenwärtige Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien kein anderes Ziel vor Augen sehen, als eine rein bürgerliche Mehrheit gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften, gegen die Arbeiterschaft.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Entscheidung liegt in euren Händen! Der Kampf geht um eure Zukunft!

Eure Prole muß sein: Gegen die liberal-konservative Einheitsfront der sozialen Reaktion!

Gegen die leeren Phrasen der Kommunisten und Nationalsozialisten!

Alle Stimmen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands! Berlin, den 16. August 1930.

Verband und Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

bisherige demokratische Politiker und Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die einzig richtige Folgerung gezogen und hat sich der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. In einem Briefe an Koch-Weser hat er die Gründe dargelegt, die ihn zu diesem Schritt bewogen haben. Er erklärte, daß sein Platz auf der Seite der Arbeitenden sein müsste, wenn die Demokratische Partei sich immer weiter nach rechts entwickelt. Es zeugt von einem guten Charakter, wenn ein Mann wie Erkelenz eine reinliche Scheidung dem ewigen Hin- und Herschwanken vortzieht. Erkelenz hat schon einige Nachfolger gefunden, die sich gleich ihm der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen haben.

Es wird abzuwarten sein, wie sich der übertritt Erkelenz zur Sozialdemokratischen Partei auf seine gewerkschaftliche Einstellung auswirken und ob er weiter Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften bleiben oder versuchen wird, auch zwischen den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und den freien Verbänden eine Annäherung herbeizuführen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1930.

Nach der in der Nr. 30 der „Gewerkschaftszeitung“ erschienenen Darstellung über die Entwicklung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1929 betrug die Zahl der dem ADGB angeschlossenen Verbände 35, sie hat sich gegen das Vorjahr nicht verändert. Die gesamte Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss 1929 4 948 267 gegen 4 866 898 im Vorjahre. Es ist also eine Zunahme von 81 369 Mitgliedern erfolgt. Das ist nicht viel gegenüber den glänzenden Ergebnissen des Jahres 1928. Es zeigt sich auch hier die Wirtschaftskrise in all ihren Auswirkungen. Immerhin ist an der Mitgliederzunahme von über 80 000 zu erkennen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit starker Organisationen auch und gerade in wirtschaftlich trüben Zeiten unter der Arbeiterschaft wächst.

Die Einnahmen und Ausgaben der Verbände zeigen ein günstigeres Bild, als es bei der schwierigen Wirtschaftslage anzunehmen war. Die Einnahmen aller Verbände betragen 251 385 248 Mark gegen 221 696 195 Mk. im Vorjahre, also eine Mehreinnahme von 29 689 053 Mk. Die Ausgaben betragen 202 944 677 Mk. gegen 189 363 911 Mk. im Vorjahr. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt:

	1929 Mk.	1928 Mk.
Unterstutungen	86 793 180	62 541 817
Arbeitskämpfe	13 304 760	32 224 377
Presse und Bildungsweisen	13 254 726	11 865 347
Agitation und Organisation	21 446 281	18 667 658
Sonstiges	9 372 657	11 873 705
Verwaltung	58 772 473	52 192 007

Die Ausgabe für Unterstutungen stieg um 24,3 Millionen Mark, sie allein machte 42,8 Prozent der gesamten Ausgaben aus. Die Kosten für die Arbeitskämpfe gingen dagegen um 18,9 Millionen Mark zurück. In diesen beiden gegensatlichen Erscheinungen kommt der Krisencharakter des Jahres 1929 am deutlichsten zum Ausdruck.

Von den Unterstutungsausgaben kamen im einzelnen auf:

	1929 Mk.	1928 Mk.
Arbeitslosenunterstutung	45 231 487	28 059 354
Krankenunterstutung	27 274 707	24 102 272
Invalidentunterstutung	4 278 923	2 900 016
Sterbefallunterstutung	4 309 938	3 343 620
Sonstige Unterstutungen	4 743 464	3 318 392
Rechtschutz an Mitglieder	954 661	817 153

Bei allen Unterstutungsarten beobachten wir eine Mehrausgabe, die stärkste bei der Arbeitslosenunterstutung, die 1929 allein mehr als die Hälfte aller Unterstutungen betrug.

Die Zahl der Ortsausstuffe des ADGB betrug am Schluss des Jahres 1929 ein wenig mehr als im Vorjahre, 1280 gegen 1269. Als ihre vielleicht wertvollste Einrichtung sind die Rechtsberatungsstellen zu betrachten, die eine Unmenge von Arbeit geleistet haben, wie aus den angegebenen Zahlen hervorgeht. 121 Arbeitersekretariate wurden im Jahre 1929 allein von 544 793 Personen in Anspruch genommen.

Die Bildungsbestrebungen gewinnen im ADGB immer mehr an Bedeutung. In 439 Orten bestanden besondere Bildungsausstuffe.

Recht stark angewachsen ist die Zahl der Gewerkschaftshauser, sie stieg von 135 im Vorjahre auf 150 im Jahre 1929. Davon befanden sich 134 im Eigenbesitz der Gewerkschaften und in 16 Fällen dienten Pacht- oder Mieträume den gewerkschaftlichen Zwecken. Zur Bewirtschaftung der Gewerkschaftshauser sind in der Regel besondere Gesellschaften gebildet, hinter denen die Gewerkschaften stehen.

Zusfuhrlicher über den Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1929 unterrichtet das demnächst erscheinende Jahrbuch für 1929, das mit einer reichen Fülle statistischen Materials ausgestattet ist.

Arbeit und Pause.

Von Christian Schmitz (Köln).

Parallel mit der Entwicklungsgeschichte der modernen Fabrik geht die Entwicklung der Pausenfrage. Wie sich die Entstehung der Fabrikarbeit über die fruhkapitalistische Manufaktur bis zur mittelalterlichen Klosterarbeit genau verfolgen lässt, kann man auch die Einteilung des Tages in bestimmte Abschnitte bis zu dieser Zeit beobachten. Justordnung und Klosterregel waren dafür maßgebend. Beide bedienten sich der großartigen mittelalterlichen Glocken- und Uhrentechnik, die vom hohen, himmlemporragenden Turme die Gebets-, Arbeits- und Erholungssunden anzeigte.

Unsere gegenwärtige Wirtschaftsperiode mit ihrem ausgeprägten rationalen Denken hat diese Zeitregulierung voll übernommen. In den Fabriken finden wir sie extrem angewandt. Hier läuft kein Glockenspiel, sondern hier schreien elektrische Sirenen. Sie wecken den Arbeitsmenschen aus

Warum für die Sozialdemokratie?

Diese Frage beantwortet die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wie folgt:

Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist es nicht schwer, in diesem kommenden Wahlkampf Stellung zu nehmen. Für sie versteht es sich ganz von selbst, daß sie ihre Stimme nur der Sozialdemokratie geben kann.

Die Sozialdemokratie hat in der Regierung Hermann Müller den Young-Plan zum Abschluss geführt und mit Stresemann die Rheinlandbefreiung erreicht.

Die Sozialdemokratie hat mit Severing der Lohnabbaupolitik des rheinisch-westfälischen Großkapitals einen Riegel vorgeschoben, den jetzt ein Zentrumsminister Stegerwald wirkungslos machte.

Die Sozialdemokratie hat mit Minister Wisßell den Abbau der Sozialpolitik verhindert und sich insbesondere bis zum äußersten gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gewehrt.

Die Sozialdemokratie hat durch Severing dem putschistischen Nationalsozialismus die Mittel zur Errichtung seiner Ordnungszelle in Thüringen gesperrt.

Die Sozialdemokratie hat in der Opposition am nachhaltigsten den Kampf gegen die ungerechte Besteuerung der Konsumvereine geführt.

Die Sozialdemokratie ist den Brüning-Entwürfen zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung am scharfften entgegengetreten.

Die Sozialdemokratie hat die arbeiterfeindlichen Angriffe auf die Krankenversicherung gebrandmarkt.

Die Sozialdemokratie hat die Entrechtung der Kriegsinvaliden und Wöchnerinnen zurückgewiesen.

Die Sozialdemokratie hat mit aller Schärfe die unsoziale Ledigensteuer bekämpft.

Die Sozialdemokratie hat aber nicht nur fruchtlose Opposition getrieben, sondern sie hat unaufhörlich Mittel und Wege zur Gesundung der Reichsfinanzen aufgezeigt.

Die Sozialdemokratie hat Steuern vorgeschlagen, die auch den Besitz entsprechend seiner Tragfähigkeit heranziehen.

Die Sozialdemokratie hat beantragt, die Kosten der Arbeitslosenversicherung durch erhohnte Beiträge und Reichszuschüsse zu decken. Nicht die Arbeitslosen dürfen das Opfer der Reichsfinanznot sein.

Die Sozialdemokratie hat die Vereinheitlichung der Organisation der Krankenkassen vorgeschlagen, die enorme Verwaltungskosten ersparen würde.

Die Sozialdemokratie hat eine Begrenzung der Pensionen der Gropensionare beantragt, die den Reichshaushalt stark belasten, und im Reichstagsausschuss bereits durchgefahrt.

Die Sozialdemokratie hat dem Spiel mit dem Diktatraparagraphen den äußersten Widerstand geleistet und damit die Demokratie verteidigt.

Ein deutscher Arbeiter, der sich das alles überlegt, kann gar nicht anders, als am 14. September der Sozialdemokratie seine Stimme geben. Und jeder Arbeiter wird seine Mitarbeiter, seine Frau und wahlfahigen Familienangehörigen aufklären, daß keine Stimme des arbeitenden Volkes der Sozialdemokratie verlorengehen darf.

Die deutschen Gewerkschaften wissen, daß es in diesem Wahlkampf um die Zukunft der Arbeiterklasse und zugleich um die Existenz der deutschen Republik und ihres sozialen Inhalts geht. Sie fühlen sich in diesem Kampfe um die Erhaltung der Republik einig mit der Sozialdemokratie für die Verteidigung der Sozialpolitik, für die Wahrung der Volksrechte.

Deshalb vorwärts zum Kampf für Demokratie und Sozialismus, für das arbeitende Volk, für die Sozialdemokratie!

Zerfall und „Sammlung“ bei den bürgerlichen Parteien.

Wo zehn Deutsche zusammen sind, gründen sie eine Partei oder einen Verein. Die Vereinsmeierei blüht nirgends so wie hierzulande. Kein Wunder deshalb, daß zu den Parlamentswahlen weit über ein Duzend Parteien aufmarschieren und um die Seele des Volkes werden. Solche nach dem Willen einzelner Personen oder bestimmter Interessengruppen ins Leben gerufenen Parteigeilde haben natürlich keinen ewigen Bestand. Und so nimmt es denn nicht wunder, daß der diesmalige Reichstagswahlkampf eingeleitet wird mit einer gründlichen Umgruppierung im Parteibetriebe. Die Demokratische Partei hat sich selbst aufgelöst und ist mit der Gruppe Mahrann in der Deutschen Staatspartei aufgegangen. Der Zerfall der Deutschnationalen ist schon seit längerer Zeit im Gange. Die aus der Hugenbergpartei Entlaufenen haben sich wiederum in mehreren Parteipflittern zusammengefunden. In der Volkspartei kriselt es; man versucht einen Zusammenschluß mit der Wirtschaftspartei, den Volkskonservativen und der Westarppgruppe. So haben wir das schönste Durcheinander, woraus sich nur eins mit Deutlichkeit ersehen lässt, daß bestimmte Gruppen aus diesem Wirrwarr sich herauskristallisieren. Aber mehr und mehr scheint bei den bürgerlichen Parteien die Neigung, nach rechts abzumarschieren, die Oberhand zu gewinnen. Die neue Staatspartei lässt dies deutlich erkennen. In zunehmendem Maße schließt sich das Bürgertum gegen die Arbeiterschaft zusammen. Schließlich wird es, wenn auch mit gewissen Abweichungen, zwei Fronten geben: die Bürgertum, die Arbeiterschaft, oder hier Arbeit, dort Kapital. Vielleicht wird das Zentrum mit seinem religiösen Untergrund eine gewisse Ausnahme bilden; aber im großen und ganzen wird die Entwicklung so ahlich verlaufen.

Es ist ganz klar, daß aufrechte Männer, so weit sie zur Arbeiterklasse zählen, einen derartigen Rechtsabmarsch nicht mitmachen können. Als erster hat Anton Erkelenz, der

dem Schlaf, sie beschleunigen seinen Schritt zur Arbeitsstätte, sie kommandieren über Anfang und Ende der Arbeit. Die Sirenen sind die unpersönlichen Dämonen, die, von der Kapitalmacht angetrieben, wie böse Geister das Schlotenland beherrschen und das Leben der Angestellten und Arbeiter in Pause und Arbeit zerlegen.

Trotz aller unlustregenden Unerblichkeit und industriellen Zwanghaftigkeit hat die Fabrikstrene sich dem organischen Charakter des Arbeitsmenschen anpassen müssen. Wenn der Mensch müde und hungrig ist, muß sie Er- und Erholungspausen ankündigen.

Pausen sind, wenn sie richtig verwertet werden, nichts anderes als Erholungszeiten. Sie dienen einerseits zur Beseitigung der Ermüdungstoffe, andererseits zur Erholung der physiologischen Verluste des Organismus, die in den arbeitsangestregten Nerven und Muskeln entstanden sind. Die Pause gibt den Nerven die richtige Reaktionsfähigkeit, den Muskeln die richtige Elastizität und Kraft zurück. Sie verschafft dem Menschen die Möglichkeit, das Gleichgewicht zwischen Assimilation (Überführung der Nahrung in die Körpersubstanz) und Dissimilation (die Gesamtheit der Stoffwechselvorgänge) herzustellen.

Die günstigste Verteilung der Arbeitsunterbrechungen auf den ganzen Tag, die optimale Dauer der Pausen ist noch nicht reiflos wissenschaftlich geklärt. Es ist nämlich äußerst schwer, alle vielgestaltigen Faktoren, die die Leistungsfähigkeit einerseits und das Ruhebedürfnis des arbeitenden Menschen andererseits bestimmen, exakt voneinander zu isolieren und völlig durchsichtig zu überschauen. Die bisherigen Forschungsergebnisse stützen sich größtenteils auf Einzelerfahrungen von Arbeitern und Forschern, wobei Arbeitszeit, Ermüdungsgrad, Übung, Anpassung, Kräftevorrat, Körperkonstitution, Art der Arbeit als Hauptfaktoren für die Pausenbestimmung eingestuft wurden.

Aus diesem Kanon zusammenhang lassen sich drei Arten von Pausen herauskristallisieren:

1. Er- oder Arbeits hauptpausen.
2. Ruhe- oder Arbeitskurzpausen.
3. Erholungspausen oder Freizeit.

Die Er- oder Arbeitshauptpausen sind aus dem Hunger- und Durstgefühl der arbeitenden Menschen entstanden. Das Hunger- und Durstgefühl schafft einen Zustand nervöser Reizbarkeit und verminderten Denkvormögens, ein quälendes Gefühl der Schwäche, welches die Arbeitsfreude hemmt und die Arbeitsleistung herabsetzt. Aus diesen Leistungsgründen ist in fast allen Fabriken die Einrichtung einer Frühstückspause und einer Mittagspause zu finden.

Mit jeder größeren Nahrungsaufnahme ist eine Belastung des Magens verbunden, die dem Gehirn das Blut entzieht und es dem Magen zuließen läßt. Die daraus entstehende sogenannte Verdauungssträgheit und Blutarmut des Gehirns bewirkt einen Zustand der Mattigkeit und Schläfrigkeit. Die Hauptpause muß darum genügend lang sein, um die Verdauung der Nahrung genügend fortzuschreiten zu lassen. Das Bedürfnis nach einer ausreichenden Ruhepause nach dem Essen ist also durchaus keine Faulheit oder schlechte Angewohnheit, sondern beruht auf einer physiologischen Notwendigkeit. Wird die Arbeit vorzeitig begonnen, so tritt zwischen den wichtigsten Organen des Körpers ein Wettstreit um das Blut ein. Der arbeitende Muskel entzieht dann den Verdauungsorganen die ihnen jetzt so notwendige Blutzufuhr. Die Verdauungsfähigkeit, in erster Linie die Absorption der Verdauungsstoffe leidet. Die Folgen können einmal Ohnmachten sein, hervorgerufen durch die verstärkt auftretende Blutleere des Gehirns oder die Verdauung selbst wird ungenügend. Die Stoffe werden nicht mehr in der richtigen Weise zerlegt und von den Darmwänden aufgenommen. Die Nahrung wird also schlecht ausgenutzt. Verdauungsstörungen, Magenleiden sind die weiteren Folgen.

Arbeitswissenschaftliche Untersuchungen in Fabriken ergaben, daß durchschnittlich die Mittagspause zu kurz ist und daß sie nicht ausreicht, die durch die Arbeit am Vormittag erzeugte Ermüdung zu beseitigen. Lanfer untersuchte beispielsweise die Arbeit der Schlosser¹. Hier stellte sich heraus, daß nach der Mittagspause die Arbeitsfähigkeit durchschnittlich um 10 bis 15 Prozent geringer ist als vor der Mittagspause. Häufig erreicht nach seinen Angaben das Sinken der Arbeitsfähigkeit 40 Prozent. Diese Minderleistung war nur auf Unzulänglichkeit der Mittagspause zurückzuführen. Letztere führt zu der schon erwähnten schlechten Verdauung, unter der 70 Prozent der von Lanfer beobachteten Arbeiter litten. Arbeitswissenschaftler Dr. Lehmann² fordert daher, daß nach jeder größeren Nahrungsaufnahme wenigstens eine halbe bis dreiviertel Stunden Ruhe gewährt werden müsse. Die Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte verlangt eine Minutendauer der Mittagspause von einer Stunde.

Obwohl nun diese Länge der Mittagspause vom Standpunkte der Arbeiterernährung und Ermüdungsbekämpfung wünschenswert ist, sprechen verschiedene kulturelle Gründe dagegen. Jede längere Pause vergrößert die Zeit des Aufenthaltes in der Fabrik, verlängert die Gesamtarbeitszeit und verkürzt die Freizeit. Es ist leicht begreiflich, daß die Arbeiterklasse in ihrem Streben nach möglichst großem Anteil an den Kulturereignissen gegen eine zu lange Arbeitshauptpause ist. In diesem Falle bleibt nichts anderes übrig, als das Hungergefühl durch eine geringe Nahrungsmenge zu beruhigen. Das reichliche Hauptmahl ist dann nach der Arbeitszeit einzunehmen.

Gegen eine zu lange Arbeitshauptpause sprechen auch leistungswirtschaftliche Gründe, die sich aus dem Übungsvorteil ergeben. Durch zu lange Pausen geht die aufgewandte Ermüdung verloren. Die generelle Länge der Arbeitshauptpause ist somit einerseits von den Ernährungsweisen der Belegschaft, andererseits von den Betriebsverhältnissen abhängig. Bei einem Kompromiß zwischen allen diesen Faktoren wird man folgende allgemeinere Richtlinien befolgen können:

Bei stark ermüdender Arbeit wirken kurze Pausen besser als längere, denn bei kurzer Pause bleibt die Erregungsfähigkeit infolge der Arbeit und die Arbeitsanpassung aufrechterhalten. Häufige und kurze Pausen sind besser für Personen, die leichter ermüden, zugleich leichter erregbar und der Übungsanhäufung fähig sind. Umgekehrt sind seltenere, aber auch entsprechend längere Arbeitspausen für diejenigen günstig, denen die Übung schwerer fällt und die langsamer ermüden.

Die zweite Art der Pausen, die Arbeitskurzpause, gehört zum Gebiet der Rationalisierung. Neben der Maschinisierung hat sie durch Intensivierung der Arbeit ein flotteres Arbeitstempo, größte Arbeitsleistung bei einseitigster Reizarbeit (immer die gleiche Arbeit) herbeigeführt. Das Jaggen, Hasten und atemlose Arbeiten, die außerordentliche Beschleunigung des Arbeitstempos, das meist nicht dem eigenen Willen angepaßt ist und nach einer Schablone jeden im Betriebe mit erfährt, das Verwischen der Individualität und die stiftliche Entwertung der Arbeit bedingen, daß infolge des inneren Widerstandes gegen eine solche Arbeit die Ermüdungskurve höher ansteigt als bei dem aus freiem Willen für sich oder für die Gesamtheit Schaffenden.

Die Repektivarbeit beansprucht dauernd nur eine Reihe bestimmter Muskelfasern zu stark, andere zu schwach oder überhaupt gar nicht. Hierdurch treten an Muskeln und Nerven Struktur Schäden ein, die bei langer Arbeitszeit Pathologien der Arbeit erzeugt. Diese Invaliden der Arbeit, diese Fabrikneurastheniker mit ihrer minderen Leistungsfähigkeit und größeren Reizbarkeit, diese krankhaft überreizten, leicht ermüdbaren Arbeitshysteriker sind letzten Endes nur Ermüdungsprodukte, Opfer der Rationalisierungstempos. Um ihre Zahl herabzusetzen, ist die Einlegung von entlohnenden Arbeitskurzpausen notwendig geworden. Auf jede Stunde Arbeitszeit entfallen 50 Minuten reine Arbeit und 10 Minuten

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

So steht es im Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reiches, die am 11. August 1919 beschlossen und verkündet wurde. Aber dieser Satz ist noch nicht ganz Wirklichkeit geworden. Sogar alle Staatsgewalt wirklich vom Volke aus, dann wären solche ungeheuren Belastungen des arbeitenden Volkes unmöglich, wie sie die Brüning-Regierung jetzt wieder durch die neuen Notverordnungen vornimmt. Der Verfassungstag mahnte alle Angehörigen der arbeitenden Klasse daran, daß sie am 14. September alle Kräfte einsetzen müssen, um den wichtigsten Satz in der Verfassung des Deutschen Reiches endlich durch eine wahrhafte Volksregierung in die Wirklichkeit umsetzen zu lassen. Am 11. August legten wir ein erneutes Bekenntnis zur Reichsverfassung ab! Aber am 14. September wollen wir durch die Tat beweisen, daß wir den unerschütterlichen Willen haben, dem arbeitenden Volke alle Staatsgewalt zu verschaffen.

Wir müssen es durchsetzen!

Ruhepause. Ermanski empfiehlt auf Grund seiner Erfahrungen ein Verhältnis zwischen den Zeiperioden Arbeit und Pause ein Optimum von 22,5 Minuten Arbeit und 37,5 Minuten Erholung. Derartige Pausen verhindern eine Übermüdung, sichern eine gleichbleibende Arbeitsintensität, halten die Arbeitenden vor der Einlegung wilder Pausen zurück und steigern die Arbeitsleistung. Sie sind also nicht nur für den arbeitenden Menschen vorteilhaft, sondern bringen, wie die Praxis zeigt, der Wirtschaft einen kolossalen Gewinn.

In einer Spinnerei führte man in die ununterbrochene neunstündige Arbeitszeit außer den üblichen Pausen acht Kurzpausen von je 10 Minuten Dauer ein. Die Arbeiterinnen verbrachten die Pausen liegend. Es ergab sich dadurch eine Steigerung der Tagesleistung um 10 Prozent, auf die effektive Arbeitszeit bezogen von 19 Prozent!

Um die Wirkung einseitiger Arbeit zu überwinden, wurden in einigen Betrieben während der Kurzpausen rhythmische Übungen angeordnet. So wurde auf Veranlassung der Oberpostdirektion Berlin bei den Fernsprechanstalten im Dienst der Vermittlungsbeamtinnen nach einer vier- bis fünfständigen Dienstzeit eine Pause von zehn Minuten eingelegt, in welcher den Beamtinnen unter Leitung einer Vorwärtlerin Gelegenheit zur Ausführung rhythmischer Gymnastik geboten wurde. Hierdurch ging die Krankheitsziffer merklich zurück. Auch kehrten die Beamtinnen mit größerer Frische zur Arbeit zurück.

Wpatt und Odgen untersuchten, welchen Einfluß das Verhalten der Arbeiter während der Pausen auf die Aufhebung der Ermüdung und auf die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit ausübten. Sie fanden:

Verhalten der Arbeiter während der Pausen	Steigerung der Tagesproduktion in Prozent
Absolute Ruhe	9,3
Unkontrolliert	8,5
Muzizieren	3,9
Teetrinken	3,5
Auf- und abgehen	1,5

Die dritte Kategorie von Pausen liegt außerhalb der eigentlichen entlohnenden Arbeitszeit und bildet die Freizeit des Arbeiters. Die Länge dieser Pause ist bisher stets Streitgegenstand zweier mächtiger gegnerischer Lager gewesen, wobei erakte wissenschaftliche Gesichtspunkte nur auf der Gewerkschaftsseite zu finden waren. Die Frage, wieviel Stunden am Tage, wieviel Tage in der Woche, und wieviel Wochen im ganzen Jahre in einem Bestempe gearbeitet werden soll, ist eine Machfrage und in sehr großem Maße von der jeweiligen gesellschaftlichen Verfassung der Wirtschaft abhängig. Eine Änderung zugunsten der Arbeitnehmer ist nur durch Gewerkschaftsarbeit möglich.

So ist also die Zahl, Länge und richtige Verteilung der Pausen nicht nur eine innerbetriebliche Angelegenheit. Sie greift über die Mauern der Fabrik hinaus in das Getriebe der ganzen Wirtschaft und Sozialpolitik. Die Pausenfrage verdient darum größte Beachtung seitens der Arbeiter- und Angestelltenschaft. Richtige Pausen verhüten Gesundheitschädigungen, steigern die Arbeitslust und Arbeitsleistung.

Das Unternehmertum hat sich bisher diesen arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen noch sehr verschlossen. Mit Recht bekämpfen die Gewerkschaften diese hygienische und wirtschaftliche Kurzsichtigkeit. Sie fordern aus betriebswissenschaftlichen wie aus ernährungsökonomischen Gründen bei flottem Arbeitstempo die Einschaltung entsprechend vieler und langer Arbeitspausen in die Arbeitszeit und möglichstste Verkürzung dieser zugunsten längerer Freizeit. Die Gewerkschaften heben damit die allgemeine Lebensenergie des arbeitenden Volkes und verfeinern gleichzeitig die Fähigkeit zur Erzeugung des Guten und Schönen.

Kartellbekämpfung in der Notverordnung.

In den Notverordnungen wurden nicht nur neue unsoziale Steuern eingeführt und der soziale Schutz der deutschen Arbeiterschaft schonungs- und erbarmungslos abgebaut. Die Notverordnung enthält im Dienst der Preislenkungsaktion scharfe Eingriffsmöglichkeiten gegen Kartelle und ihnen gleichstehende monopolistische Nachorganisationen. Die einzelnen Bestimmungen gehen sehr weit und bedürfen im Geiste der Verfassung der Regelung durch Reichsgesetz. Es ist höchst bedenklich, sie aus der Hand der Diktatur zu empfangen. Die Verfolgung der Kartellmißbräuche kann auf Grund der Notverordnung in Zukunft mehr als bisher auf dem Verwaltungswege erfolgen, während dem Kartellgericht nur eine untergeordnete Rolle zufällt. Auch könnte auf Grund der Verordnung die Monopolwirtschaft in weitestem Umfang unter Kontrolle gestellt werden, da sie zur Verhinderung von Monopolmißbräuchen in welchem Rahmen die Handhabe bietet. Auch können Zuwiderhandelnde sehr erheblich bestraft werden, da laut der Verordnung vom Präsidenten des Kartellgerichts auf Antrag der Regierung Strafen gegen die Zuwiderhandelnden verhängt werden können, deren Ausmaß unbegrenzt ist. So stellt die Verordnung eine diktatorische Handlung von nicht geringer Schwere dar.

Würde die Kartellverordnung unter Ausschaltung der gesetzlichen Instanzen diktatorisch in Kraft gesetzt, so fragt es sich, welcher Gebrauch davon gemacht und ob sie überhaupt in wichtigen Fällen angewendet wird. Wir haben allen Grund, zu bezweifeln, daß es der Regierung mit dieser Verordnung ernst war. Die Regierung hätte auf Grund der bestehenden Gesetze auch bisher schon eingreifen können, um die Kartelle zu einer Preislenkung zu veranlassen. Der Preissturz der eingeführten Rohstoffe hätte ihr Anlaß und Möglichkeit geben können, die Selbstkosten der Kartelle neu zu prüfen und bei Feststellung der Übertreibung der Kartellpreise gegen diese im Rahmen der bestehenden Befugnisse einzuschreiten, zumindest aber die Kartelle unter einen wirksamen Druck zu stellen. Trotz schwerer Krise ist bisher von der Regierung Brüning nicht das geringste in dieser Richtung getan worden. Auf Grund der Notverordnung soll nun die Reichsregierung darüber schlüssig werden, ob gegen ein Kartell eingeschritten werden soll. Auch soll vor einem Einfluß der vorläufige Reichswirtschaftsrat gehört werden. Ein Kabinettsbeschluss wird jedoch jeweils schwer zu erreichen sein, da in der Regierung Vertreter der Kartellinteressenten sitzen, die den Eingriff zu verhindern suchen werden. Die Einschaltung des Reichswirtschaftsrats, obwohl auch in diesem die Sachverständigen, die über Selbstkosten Angaben machen, mit den Interessenten zusammenfallen, wäre aus verfassungsmäßigen Gründen gutzuheißen, damit eine, wenn auch unzureichende, Kontrolle vorhanden ist. Indessen müssen die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat, die dem Kabinettsbeschluss vorangehen sollen, die Preisabbauaktion stark verzögern. Diese Verzögerung kann aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen verhängnisvoll wirken. Ist ein Eingriff gegen ein Kartell geplant, so hält man mit dem Kauf des betreffenden Kartellprodukts zurück in Erwartung einer erheblichen Preislenkung, die dann in aller Regel viel geringer, als erhofft wurde, ausfällt. Die bereits heute unerträgliche Stöckung der Produktion kann durch Verzögerung eines in Aussicht gestellten Preisabbaus verschärft werden, weshalb eine nur geringe Preislenkung mehr schaden als nützen kann.

Das wichtigste Mittel der Bekämpfung der überhöhten Monopolpreise ist die Ermäßigung der Zölle auf die Produkte der Monopolwirtschaft. Die Notverordnung gibt der Reichsregierung das Recht, die Zölle auf diese Waren herabzusetzen oder aufzuheben. Wie soll man an den Ernst dieser Absicht glauben bei einer Regierung, die erst vor Auflösung des Reichstags im Begriff war, Zollerhöhungen auf 50 Industriedeprodukte, darunter zum großen Teil auf solche, die kartelliert sind und ihre Kartellmacht mißbrauchen, durchzusetzen? Unter solchen Umständen muß man diesen Teil der reaktionären Notverordnung als ein, wie der englische Ausdruck lautet, Anschlagstück für das Schaufenster ansehen. Man wird, um den Schein zu retten, gegen die eine oder andere Kartell- bzw. Monopolorganisation vorgehen und bei ihnen einen mäßigen Preisabbau durchsetzen, den das Kartell angesichts seiner Abfallsschwierigkeiten bei Versteigerung der Depression auch sonst vorgenommen hätte. Möglicherweise wird dann die Regierung diese Eingriffe zum Vorwand für die staatliche Förderung des Lohnabbaus nehmen. Den Preisabbau und die Verminderung der Lebenshaltungskosten wird jedoch diese Regierung unter keinen Umständen erzwingen.

Frauenfragen.

Die jugendliche Arbeiterin in der Internationalen Hygiene-Ausstellung. Wir haben die steigende Bedeutung der Arbeiterinnenfrage an dieser Stelle u. a. auch im Hinblick auf das Material betrachten können, das uns die jegliche Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden bietet. In der Halle „Die Frau in Familie und Beruf“, sowie in der angrenzenden Halle

¹ Lanfer: L'organisation physiologique du travail, Paris 1907, S. 40.
² Dr. Lehmann: Die Ernährung des Arbeiters in Hygiene, Körper und Arbeit, Leipzig 1921, S. 652.

³ Prof. Ermanski: Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Kartellpolitik, Berlin 1925, S. 522.

„Das Kind“ ist auch der weiblichen Jugendlichen gedacht. An vier eindrucksvollen Bildern und mit dem Spruch „Die Alten kämpfen um ihr Sein, die Jungen um ihr Werden“, ist dargestellt, wie außerordentlich schädlich die Erwerbsarbeit in mancherlei Hinsicht für den in der Entwicklung sich befindenden weiblichen Körper ist. Es wird aufgezeigt, wie einseitige Körperhaltung und Überanstrengung die körperliche Entwicklung hemmt und für die psychische Entwicklung schädlich ist. In bezug auf die physische Entwicklung veranschaulichen besonders zwei Bildnisse eines Mädchens mit verschiedenen Gesichtsausdrücken, daß das seelische Gleichgewicht bei jungen Mädchen nicht so leicht gefunden wird. Die Arbeitsfähigkeit ist mit dem Verlassen der Schule zunächst erforderlich, aber nicht einfach vorhanden. In den Jahren 1926 bis 1929 wurden z. B. von 100 schulentlassenen Mädchen in Dresden nach ärztlicher Untersuchung noch acht dringlich für die Erholungsfürsorge vorge schlagen. Mir scheint, daß sich noch sehr viele deutlichere Beispiele und Statistiken aus Arbeiterbezirken aufzeigen lassen würden.

Eine drastische, allerdings am Wesen des Unternehmers vorbeigehende Illustration: „Nur ein ganz tüchtiger Bauer würde ein Füllen vor einen Pflug spannen“, dient als Hinweis auf die Ausbeutung Jugendlicher.

An einer Tabelle ist die Verteilung von Knaben und Mädchen der Volksschule auf vorhandene Berufsschulen aufgezeigt. Es kommen demnach von 3 400 000 Knaben 1 600 000 in Berufsschulen, während von 3 300 000 Mädchen nur 900 000 in Berufsschulen kommen.

Recht anschaulich ist der Vorteil einer Berufsschul- ausbildung für Mädchen dargestellt. Eine treppenartige Einteilung in gelernte, angelernte und ungelernete weibliche Erwerbstätige zeigt die materielle Besserstellung und die Berufssicherheit der gelernten Arbeiterin gegenüber der ungelerten. Eine Bildschau weist auch auf die Einstellung der Eltern hin. Die klugen Eltern sagen: „Wir wollen beiden, Jungen und Mädchen, was Nichtiges lernen lassen. Wer weiß, ob das Mädchen heiratet! Und wenn... was man gelernt hat, hat man gelernt!“ Während das tüchtige Elternpaar die Frage „Sollen wir dem Mädchen auch was Nichtiges lernen lassen?“ mit der Antwort abtut: „Unfinn, sie wird ja doch mal heiraten!“ — Aber hierbei wird zweifelsohne beachtet werden müssen, daß viele Eltern selbst beim besten Willen nicht in der Lage sind, ihren Töchtern einen Beruf erlernen zu lassen. Andere Eltern wieder stellen sich aus Tradition auf den Standpunkt, daß ein Mädchen auch nichts zu lernen braucht, da es das Gelernte doch nicht verwerten könne. Diese Einstellung ist falsch, sie sollte endlich einmal überwunden werden, damit in Zukunft auch die Wertung der Frauenarbeit, die eng mit der Berufsfrage zusammenhängt, eine andere wird.

Zur Hygiene der erwerbstätigen Jugend wird allerlei Bedeutsames angeführt. Hervorzuheben ist der besondere Hinweis darauf, daß die Gesundheit der Jugendlichen ganz allgemein außerordentlich stark gefährdet ist durch Berufsbeanspruchung bei nicht vollendeter Reife. Eine Tafel zeigt u. a. die Merkmale bei weiblichen Jugendlichen auf, die zu früh in das Arbeitsloch eingepannt werden. Besondere Merkmale sind: Bleichsicht, gekrümmter Rücken, Plattfüße, Hemmung des Wachstums. Die Sterblichkeit an Tuberkulose steigt in der Reifezeit besonders an.

Eine Statistik veröffentlicht Angaben über die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit und den Arbeitslohn an Sonnabenden. Hier gibt es manches zu bemängeln und manches verdient unsere Beachtung. Unternehmer und Vertreter der Arbeitgeber, besonders aber die Behörden, an erster Stelle die Gewerbeaufsichtsamter können hier ersehen, wie not-

wendig es ist, dem Jugendschutz mehr Aufmerksamkeit und Bedeutung beizumessen.

Erfreulicherweise sind auch folgende Forderungen für die erwerbstätige Jugend an einer besonderen Tafel hervorgehoben:

1. Ärztliche Überwachung sämtlicher erwerbstätiger Jugendlicher in Stadt und Land.
2. Ausbau der Erholungsfürsorge für erwerbstätige Jugendliche.
3. Heraushebung des Jugendschutzalters von 16 auf 18 Jahre.
4. Keine Nachtarbeit für Jugendliche.
5. Freier Sonnabendnachmittag, keine Sonntagsarbeit.
6. Drei Wochen Urlaub für Vierzehn- bis Sechzehnjährige, zwei Wochen Urlaub für Sechzehn- bis Achtzehnjährige.

Diese Forderungen decken sich teilweise mit denen, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Jugend-Internationale in dem Programm von Mindestforderungen zum Schutze der arbeitenden Jugend aufgestellt sind. Die freien Gewerkschaften stehen hinter diesen Forderungen und sind eifrig bestrebt, sie auch Wirklichkeit werden zu lassen. Daher gilt es besonders, daß die Jugendlichen mehr als bisher von der gewerkschaftlichen Idee erfasst werden. Insbesondere gilt dies für die jugendliche Arbeiterin, die in

Sie rüsten

sich zum Kampf, die Unternehmer und das Bürgertum. Die Unternehmer sammeln riesige Geldmittel, mit denen sie den Wahlkampf organisieren wollen. Mit Geld glauben sie alles haben zu können, auch Reichstagsmandate, die sie in ihrem großen Kampfe gegen die Arbeiterchaft und ihre berufene Interessenvertretung, die freien Gewerkschaften, verwenden wollen. Es ist ja nur ein Kampf gegen die Arbeiterchaft, der jetzt entbrannt ist.

Rüsten auch wir

uns, um diesen Kampf bestehen zu können. Es geht um unseren Lohn, es geht um unsere sozialen Erwerbsbedingungen, es geht um unsere Mitbestimmung in Staat und Wirtschaft. Wollen wir verhindern, daß unsere Lebenshaltung noch weiter verschlechtert wird, wollen wir das Elend der Arbeitslosen mildern und ganz beseitigen, wollen wir bestimmenden Einfluß auf die Führung in Staat und Wirtschaft, dann gibt es für uns nur eine Lösung:

Mit den freien Gewerkschaften in den Wirtschaft- und in den Wahlkampf!

nach geringerer Zahl in den Jugendgruppen des Verbandes oder sonst im Verbandsleben zu finden ist. Für uns alle, besonders für unsere weiblichen und jugendlichen Mitglieder in den Betrieben, erwächst die dringende Aufgabe, die jugendlichen Arbeiterinnen zur Organisation zu bringen, damit sie Anteil haben an dem großen Kampf um Jugendschutz und Jugendrecht auf der einen, sowie um Frauenschutz und Frauenrecht auf der anderen Seite. Das sollen dann die Schlussergebnisse sein, die wir in einer so wichtigen Frage, wie es zweifelsohne die der jugendlichen Fabrikarbeiterin ist und wie sie sich uns auf der Ausstellung darstellt, auch praktisch sehen wollen.

Anna Jammert.

Die revolutionäre Bedeutung der Frauenarbeit.

Im allgemeinen sieht man die Berufstätigkeit der Frau als einen Notzustand an: Der Kapitalismus hat ihr den Weg in die Berufsarbeit geöffnet, sie wurde als billige Arbeitskraft ausgebeutet. Der Mann verdient nicht genug, um Frau und Töchter mitzuernähren, und infolgedessen müssen die weiblichen Mitglieder der Familie ebenso zum Lebensunterhalt beitragen wie die männlichen, wenn die Familie als Wirtschaftskörper überhaupt bestehen will. Also, von einer Freiwilligkeit der gewerblichen Berufstätigkeit der Frau kann keine Rede sein: die wirtschaftliche Entwicklung hat die Frau in die Fabriken, in die Kontore und später in die öffentlichen Ämter hineingezwungen. Dazu kam, daß durch die technische und industrielle Entwicklung der Frau die Arbeitsmöglichkeiten in eigenen Hause genommen wurden. Früher war sie für die Herstellung des gesamten Bedarfs der Familie verantwortlich, alles wurde im eigenen Hause hergestellt — die fabrikmäßige Herstellung aller Waren, die viel rationeller und schneller war, nahm der Frau diese besondere und wichtige Stellung als Hausfrau, die sie in früheren Zeiten inne gehabt hat. Was man heute als Hausfrau bezeichnet, ist nur ein schwacher Ausdruck für die Erledigung der wenigen zurückgebliebenen Arbeiten, die sie im Vergleich zu der Tätigkeit der Frau früherer Zeiten zu besorgen hat. Die Frau von heute ist in gewissem Sinne nur noch die Verwalterin des männlichen Verdienstes, den sie so „am wie möglich in Lebensmittel und die nötigen Anschaffungen umzusetzen hat: auf staatliche Verhältnisse übertragen „Verwaltungsbeamtin“. Diese Rolle kann ebenso schwierig sein, wie die der Frauen von ehemals — aber erst wenn Kinder kommen, übernimmt die Frau größere Pflichten, größere Aufgaben und mehr Verantwortung.

Alle diese Tatsachen, wirtschaftliche Not und Überleitung der früheren Aufgaben der Frau in Großbetrieb und Industrie, haben sie ins Erwerbsleben gebracht. Diese äußere Veränderung im Leben der Frau kann und konnte natürlich nicht erfolgen, ohne Veränderungen im Denken und Fühlen und Wollen der Frauen hervorzurufen. Sie sah sich auf einmal in der Fabrik neben dem Manne stehen, sie sah, daß sie oft dieselben Lasten und Räder auf sich nehmen und ertragen konnte. Sie trug jetzt selbst neues Geld ins Haus und wartete nicht mehr darauf, daß der Mann etwas bringen würde. Das alles stärkte ihr Selbstbewußtsein und löste ihre früheren Vorstellungen von der Abhängigkeit vom Manne. Früher gab eine Frau ohne Mann oder ohne Familie, in der sie im Versorgungskreis des Vaters stand, eine fraurige Figur ab: sie empfing Almosen von allen möglichen Leuten, denen sie mehr oder weniger zur Last fiel. Heute gibt es Tausende, ja Millionen von Frauen, die auf eigenen Füßen stehen und sich ohne männliche Hilfe erhalten. Diese Entwicklung hat dahin geführt, daß die Frau von heute Ansprüche stellt und stellen kann, sowohl an ihr eigenes Leben, wie auch an den Mann, an Staat und Gesellschaft. Alles Dinge, die sich zwangsläufig aus der wirtschaftlichen Lage der Frau ergeben haben und die man wohl als den heutigen Geistes- und Seelenzustand der Frau bezeichnen kann. Und das Eigenartige an dieser Situation ist, daß die Gesellschaft es als Mangel empfindet, wenn die einzelne Frau „konservativ“ ist und nicht mit dem Zuge der Entwicklung vorwärts-geschritten ist. Wir empfinden also als Ganzes den heutigen Zustand im Leben der Frau als besser und erstrebenswerter, als ein Beharren auf dem vorherigen. Gesellschaftlich gesehen, wünschen wir alle ein Fortschreiten auf diesem Wege und stehen anerkennend hinter dieser Entwicklung. Wenn die einzelne Frau trotzdem „konservativ“ ist und wenn einzelne Stimmen — auch wenn es viele sind — noch immer

Kameraden, zu euch spreche ich!

Gedichte eines jungen Leunarbeiters.

Ich spreche zu dir, Gott,
in der Straßenbahn,
unwissend vom Rauch,
von Ammoniakgerüchen eingesargt,
ich spreche zu dir
gut und nicht erzürnt: gib,
gib mir,
Stimme zu werden,
nicht für mich, mein Leid, meine Freudentage,
Wort für die anderen,
die nicht sprechen können,
die zu müde sind,
um zu sprechen,
die wie ich heimkehren abends aus den Werken,
gestorben, erstarrt, mit Schlafgefühl in allen Adern,
für die gib mir das Wort,
gib, wenn du nur lebst, wenn
du nur einmal lebendig bist,
gib es mir!

So spricht der junge Leunarbeiter und Arbeiterdichter Walter Bauer in seinem Gedichtbuch.

„Kameraden, zu euch spreche ich!“ Er spricht für seine Kameraden, die Kessel schlacken „bei 60 Grad Hitze — betropft von Öl und Glutstaub, Verzweiflung aufgestossen“, die nicht für sich sprechen können, denen nicht ein gültiges Geschenk der Natur die Junge gelöst hat. Seine Sprache ist hart, so hart wie sein Leben und das seiner proletarischen Arbeitsgenossen. Es ist nicht die Sprache sanfter Lyrik, obwohl ihm das Wissen von Liebe und Blumen nicht fremd ist. Wie ein Redner auf der Tribüne einer Massenversammlung oder ein Flugblattschreiber der großen Revolution, der nur deshalb zum gedruckten Wort greift, weil seine Stimme nicht ausreicht, um zu der ungeheuren Masse zu sprechen, die auf sein Wort wartet. So sprach vor ihm der große amerikanische Dichter Walt Whitman in seinen „Grasblättern“, von dem alle jungen Arbeiterdichter Anregungen für die Form empfangen haben, die nicht das Unglück hatten, ihr Formgefühl an dem Neoklassizismus von Rilke und Hoffmannsthal gebildet zu haben. Denn durch die Form wird der Inhalt bestimmt. Wer von Liebe, Rosenblättern und Nachigallenschlag singt und dichtet, der muß zu althergebrachten Formen — von denen manche köstlich sind — greifen. Wer seinen Stoff aus der Gefahrenzone der 250 Atmosphären-Kompressoren, Gasgeneratoren, Kühlräume, Kontaktschleifen, Hochdruckleitungen und Gaschwaden der Leunwerke nimmt, kann nicht singen wie Walter von der Vogelweide, kann nicht dichten wie unsere alten und neuen Klassiker, — womit wir nichts, aber auch gar nichts gegen Schiller oder Goethe gesagt haben, denn ihnen verdanken wir viel mehr als ihren tausend Nachbetern.

Kamerad Walter Bauer dichtet das Leben der Großstadtkinder, ihre Phantasien, ihre Freuden an den aufgereizten Großstadtsstraßen, wenn harte Hände mit Hacke und Schaufel das Ein-

geweihte der Großstadt freilegen. Er dichtet von der Not der Armen während des Krieges, von der proletarischen Mutter- und Kinderliebe in den Jahren der Hungers- und Kriegsnot. Ergreifend sein: „Im Krieg, Mutter, tat ich dir Gutes“: „Als Otto wegging, brachten wir ihn an die Bahn, und als wir heimgingen, nahm ich deine Hand, daß du nicht allein warst,

deine Tränen liefen mein Herz voll.
Und als Hermann wegging, fuhrst du hin in eine fremde Garnison, soheft ich nicht mehr, weil der Transportzug abgegangen war.
Am Abend aßest du nichts,
und doch hatte ich dir den Teller hingestellt,
der war voll und überfüllt von meiner Zärtlichkeit,
und auch von der süßen Speise meiner Liebe
nahmst du nichts.“

Wenn er in dem Gedicht „Die Trommel“ den Ausbruch des Weltkrieges in den schwülen Augusttagen 1914 beschreibt, den er als neunjähriges Kind der Muckkasernen erlebte, dann ist es, als ob er mit einer harten Stahlstange in die Tiefe der Dinge schlägt. Zwischen einfachen Worten, bar jeden Überschwanges, läßt er den männlichen Heroismus seiner im Felde gefallenen Brüder, die tiefe aber wortkarge Zärtlichkeit der proletarischen Familie aufleuchten. Ganz lebenswahr sind die Gedichte „Das Werk“. Wegen dieser Gedichte schreibe ich hier. Um diese Gedichte ist es mir zu tun. Sie sollt ihr lesen, ihr Arbeiter der Leunwerke — der großen chemischen Werke —, der Farbenfabriken in Mitteldeutschland, am Rhein und am Main und all ihr Arbeiter der großen und kleinen Industrierwerke. Denn hier wird euer Leben gedichtet, hier schaut ihr euer proletarisches Schicksal, eure Erfahrungen, eure Leiden, eure Wünsche, eure Hoffnungen und eure ach so angebreuterten Enttäuschungen im Spiegel der Dichtung.

Es gibt keine solchen sozialen Gedichte in der deutschen Literatur wie die von Kamerad Walter Bauer, z. B. das

Leuna-Gedicht für eine Freundin:

Ich fahre den Werken entgegen
jeden Tag, jeden Abend
empfangt mich von ihnen zurück,
nie ganz, nie so wieder,
wie ich beginne,
aus dem guten Traum gerissen,
immer bleibt etwas in den Baracken,
den Silos, den Bäumen, in meiner
verfluchten Welt, genannt:
Bau siebenhundert.
Wann, wann werd ich zu Ende sein?
Hier ist kein Platz mehr für Literatur,
hier blüht ein Frühling ohne Baum und Vogelkaut,
hier ist ein Frühling von grünem Gas.
Die tausend Kessel zischen den Lärm meiner Liebe tot,
die Abwässer fressen das Wort dir mit Öl,
der Aftenschlag fängt den Silberglanz meiner Gedanken,
und der rosa Schlam auf den Lippen des Abgestürzten
erschließt mein Entschuldigwort für dich.
Der Mann, der erschlagen wurde von einem Eisenstück,

der Heizer, unter zusammenrutschenden Kohlen verschwunden, der Verwundete, der, von Lyol und Karbol umflattert, dem Garg der Charité zufährt,
der Zertrümmerte, der auf sich liegt weich wie auf einem Kissen,
alle erdrücken das Wort, das ich dir sagen wollte.
Das erste Wort zu dir spricht ein gastloser Schlacker,
den letzten Vers röhert ein erschlagener Transporteur.
Hier ist ein Frühling von farbigen Tafeln:

Achtung! Rote Dämpfe bedeuten Tod!
Achtung! Grüne Dämpfe sind gefährlich!
Achtung! Braune Dämpfe sind gefährlich!

Schlacken in sechzig Grad Hitze, betropft von Öl, von Glutstaub, Verzweiflung aufgefressen,
Transporteure in den Straßen 1—11,
Transporteure in den Straßen 1—3,
schleichend zwischen Schienen, Kesseln, überschüttet von Dampf,
Kranführer auf den Rädern der Kräne,
dreißigtausend Arbeitende, Gelbgesichtige, Gelbherzige,
ich wage nicht, meine Hand auszustrecken,
Werkpolizist, Mensch, wie lange willst du mich strafen?
Eingepreßt zwischen Benzinwädhern, Silos, Windhigern,
erhebt sich der Ruf, verborgen in der Welt
im Bau siebenhundert, laßt,
laßt mich zu Worte kommen!
Laß mich dir sagen, daß ich dich ersehne, ein
Loter, ein Leuna-Loter.

Dieses Gedicht ist eines von den vielen. Ich hätte auch ein anderes wählen können, z. B. „Der Leunazug spricht“ oder „Von Arbeitern im Silo“, das das Rachegefühl am Ende des mittel-deutschen Aufstandes 1921 behandelt, oder das wichtige „Für die Geforderten der Leunwerke“, oder ein anderes. In allen lebt das proletarische Einzel- und Massenschicksal des Leunarbeiters, die Welt der Arbeitsgefahren, denen dieser modernste aller Industrie- arbeiter in gesteigertem Maße ausgesetzt ist.

Alle diese Gedichte strömen in epischer Breite dahin, befreit von der einengenden Sklaverei des Reimes, getragen von einem neuen Pathos. Wir erhalten wieder Kunde von der Macht des Wortes, die stärker ist als alle Dinge. Das Wort ist Geist und der Geist ist stärker als die toten Dinge. Verlaßt nicht das pathetische Wort. Wir brauchen es. Jede große Zeit, jede große Bewegung braucht Pathos. Wer die Massen mitreißen will, muß seine Stimme erheben, und da kann er nur pathetisch sprechen. Jede große Zeit schafft ihren eigenen Pathos.

Das Pathos Luhrs ist anders als das Schillers oder Goethes oder Gertts Engelkes oder unseres jungen Dichters.

Arbeiter, Arbeiterinnen, insbesondere ihr jungen, die ihr noch Gedichte liebt, kauft dieses Gedichtbuch eures jungen Leun-kameraden Walter Bauer. Es kostet — ich weiß es nicht genau — 2,50 oder 3 Mk.; erschienen bei Raben & Co. in Leipzig, die es auf gedruckt und gut gebunden haben. Das ist eures Lebens, das ihr in diesen Gedichten findet, macht es rebellisch. Und das soll jedes gute Buch. Gustav Kiewann.

behaupten, „die Frau gehört ins Haus“, so sind das Wahrnehmungen, die sofort verständlich werden, wenn wir bedenken, daß die Vergangenheit noch lange ihre Schranken auf das Denken, auf Sitten und Gebräuche der Menschen wirft, daß sie sich langsamer den schon vorangegangenen Verhältnissen angleichen. Das äußere Weltbild bestimmen die Menschen, die die Zukunft in die Gegenwart holen wollen: die bislang noch immer von der Gegenwart verkannten Genies, Erfinder, Forscher und Dichter — die innere und geistige Entwicklung der Menschheit dagegen beeinflusst der „Großvater“ in jedem einzelnen Menschen von uns, wie es Nietzsche einmal ausgedrückt hat.

Und nun unsere Stellung als Sozialisten! Wir wollen die Zukunft erobern, wir wollen eine gerechte Gesellschaftsordnung aufrichten — wir können uns deshalb nicht von dem „Großvater“ in uns die Stellung der Frau vorschreiben lassen. Es ist ganz undenkbar, daß die Frau wieder einmal „ins Haus“ zurückginge. Auch nicht, wenn die erste Ursache zu ihrer Berufsarbeit, die wirtschaftliche Not, verschwunden wäre. Die Frauen, als Geschlecht gesehen, haben die Berufsarbeit seelisch und geistig bejahet, und sie werden in Zukunft immer mehr ihr Recht auf Arbeit verlangen. Sie haben bewiesen, daß sie in der Öffentlichkeit arbeiten können und, wenn sie sich bessere Lebensbedingungen und den nötigen Schutz für ihre weiblich-körperliche Gebundenheit erobert haben, werden sie auch gern in der Berufsarbeit stehen und sie nicht als Übergang zu einer Heirat, wie es heute noch vielfach geschieht, ansehen. Wir Sozialisten sollten nicht unsere kostbare Zeit mit der Streitfrage vergeuden: „Darf eine verheiratete Frau einen Beruf ausüben“, sondern sollen und müssen im Interesse unseres proletarischen Befreiungskampfes daran arbeiten, daß der Befreiungsprozeß der Frau in der Wirtschaft beschleunigt wird, daß sie als vollwertiger Arbeitskammerad neben dem Manne steht: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Wir müssen ferner daran arbeiten, daß die rückständige Haushaltsführung dem heutigen Stande der Technik angepaßt wird und daß die Kindererziehung auf eine würdige Basis gestellt wird. Die Frau empfindet am Grunde den Beruf gar nicht als Last. Aber die Bedingungen ihrer Berufsarbeit sind oft geradezu schmachvoll für eine Gesellschaft, die sich kultiviert und zivilisiert nennt. Die doppelte und dreifache Belastung der Frau ist für sie quälend, nicht aber die Erwerbsarbeit. Wie viele Verhältnisse gibt es außerdem, wo sich die Frau trotz schlechter Arbeitsbedingungen in der Fabrik wohler fühlt neben gleichgesinnten und schicksalshäßig verbundenen Frauen, als in ihrem „Heim“, wo ein tyrannischer Mann oder ein trauriges Familienleben auf sie wartet.

Also, vom sozialistischen Standpunkt aus, volle Bejahung der Frauenerwerbsarbeit — auch wenn sie im Augenblick Opfer, sowohl von der Frau als auch vom Mann, erfordert. Jeder Fortschritt hat zuerst Opfer gekostet! Die Maschine hat die Männerhände arbeitslos gemacht, und alles Maschinenstürmen hatte keinen Zweck — sie hat ihren Sieg behauptet. Es kommt darauf an, was man aus allen Neuerungen macht! Und wir Sozialisten sollen in der Frau, die in dem Produktionsprozeß eingebunden ist, eine neugewonnene Mitkämpferin sehen, die uns helfen wird, die Zeit im sozialistischen Klassenkampf abzukürzen und die sozialistische Wirtschaftsordnung schneller durchzuführen. Nur die ganze Klasse kann das Werk vollbringen — der Mann allein, dem die größere Hälfte des Proletariats, die Frauen, unfähig gegenüberstehen würde, könnte nie die sozialistische Gesellschaft errichten, ebensowenig, wie die Frau allein es kann. E. E.

hervorzuheben die Darbietungen der Breslauer Jugendgruppe und die Reden der Kollegen Triem, Husemann und des Vorsitzenden der Bergarbeiter-Internationale. Nach Schluß entwickelte sich ein reges Leben auf den Plätzen um die Jahrhunderthalle. Bald zogen die meisten Gruppen wieder auf die Bahnhöfe, um rechtzeitig in ihre Heimatsorte zu gelangen. Bald kam auch für uns die Zeit der Abreise. Für uns alle war das Treffen ein Erlebnis; es hat uns wieder gezeigt, daß wir als Mitglieder der freien Gewerkschaftsjugend auf dem richtigen Wege sind. Frisch Heim! n.

Höhr-Orenshausen. Am 27. Juli tagte die Bezirkskonferenz der Zahlstelle Höhr-Orenshausen in Braubach a. Rh. Im Geschäfts- und Kassenbericht ging der Geschäftsführer, Kollege Otte, auf die sich täglich wiederholenden Fälle von Überschreitung der Arbeitszeit ein. Diese vielen Überstunden sind bei der großen Zahl der Arbeitslosen durchaus nicht notwendig und müssen vermieden werden. Die Frage der Akkordüberdienste sowie die Frage der Tätigkeit der Betriebsvertretungen wurde noch eingehend besprochen. Im übrigen wies der Geschäftsbericht eine umfangreiche Tätigkeit des Geschäftsführers und der Kassenberichte eine gesunde Entwicklung der Zahlstelle nach. Weiter wurde über die Frage der Verschmelzung der Zahlstellen Höhr-Orenshausen und Limburg beraten, über die zu gegebener Zeit verhandelt werden soll. Der Antrag auf Kauf eines Kraftwagens wurde nach eingehender Aussprache in geheimer Abstimmung abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, dem zuständigen Gewerkschaftsartikel 150 Mark zu überweisen, damit auch aus unserem Bezirk eine Reihe jugendlicher Kollegen zum 1. Bezirksjugendtreffen des I. O. B. am 16. und 17. August nach Frankfurt a. M. delegiert werden kann. Es wurde weiter beschlossen, 50 Festschriften „40 Jahre Kampf“ durch die Bezirkskasse anzukaufen und diese den einzelnen Bibliotheken einzufügen. Hans Otte.

Stuttgart. Jubiläumsfeier. Am 27. Juli 1930 feierte die Zahlstelle Stuttgart ihr 30jähriges Bestehen und das 40jährige Bestehen des Verbandes. Zu einer erhebensten Feier gestaltete sich die am Vormittag vorgenommene Ehrung der 103 Jubilare der Zahlstelle, die mit ihren Frauen fast reiflos erschienen waren. Nachdem die Feier durch den „Arbeiter“ — den freien Sänger eingeleitet war, begrüßte Kollege Hille die Erschienenen. Kollege Thiemig überbrachte die Grüße des Hauptvorstandes und des Reichsverbandes, dankte die Jubilare für ihre Mitarbeit und Treue und überreichte ihnen die prachtvollen Ehrenurkunden. Eine gemeinsame Mittagstafel der Jubilare mit ihren Frauen bildete den Abschluß dieses Teiles der Feier. Kollege Zimmermann dankte den Dank der Jubilare an Vorstand und Ortsverwaltung ab und schloß mit einem Hoch auf den Verband. Zahlreich war die Kollegenchaft zur Nachmittagsveranstaltung erschienen. Die Festrede des Kollegen Thiemig wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Der Redner verband es meisterhaft, den Kollegen die Kämpfe vor 30 und 40 Jahren zu schildern. Die Aufgabe, die sich die Gründer unseres Verbandes vor 40 Jahren stellten, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der ungelerten Arbeiter zu verbessern, hat der Verband voll erfüllt. Am 15. Juli 1900 wurde die Zahlstelle Stuttgart gegründet. 42 ungelerte Arbeiter, von denen noch sieben in unserer Mitte weilen, versuchten durch Zusammenschluß ihre Verhältnisse zu verbessern. Steinigen Boden galt es gerade in Stuttgart zu bebauen. Die Kämpfe waren, vor allem die damalige königliche Berginspektion, duldeten keinen organisierten Arbeiter. Trotz Spießbüßens und Maßregelung entwickelte sich die Zahlstelle so, daß im Jahre 1911 bei 600 Mitgliedern Kollege Mäh ange stellt werden konnte. Der Krieg forderte unter unserer Mitgliedschaft ungeheure Opfer. 374 unserer besten Mitglieder kehrten nicht wieder zurück. Besonders stark war der Verlust an Mitgliedern nach Kriegsende. Im Jahre 1922 zählten wir 2700 Mitglieder. Katastrophal wirkte sich die Inflation mit ihren Begleiterscheinungen, wie Rationalisierung in der Rüstindustrie und politische Wirren, in unserer Zahlstelle aus. Trotzdem ist es der zähen unermüdlichen Arbeit der Funktionäre gelungen, das verlorene Gelände zurückzuerobern. Die Zahlstelle zählt heute 3256 Mitglieder. Das Vertrauen zur Leistung, das Vertrauen zur Organisation ist zurückgekehrt und stärker geworden. Das Programm der Abendveranstaltung wurde von der S. J., den Arbeiterjüngern, Arbeiterkämpfern und Arbeitermandatärinnen aus beste ausgefüllt. Alle hatten ihre Kräfte zur Jubelfeier der Zahlstelle in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. Ein Festball hielt die Mitglieder noch lange in froher Stimmung zusammen. Alles in allem ein Fest, das zur Festigung des Solidaritätsgedankens und der Schicksalsverbundenheit unter der Kollegenchaft beigetragen hat.

Wirtschaftliches.

Die Mammuntunternehmungen in der deutschen Wirtschaft.
Eine statistische Veröffentlichung der Bank für deutsche Industrieobligationen, die zum Zwecke der Aufstellung der Reparationsleistung aus der Industriebelastung das Betriebsvermögen der belasteten Unternehmungen — es sind dies solche mit einem Betriebsvermögen von mehr als 20 000 Mk. — festzustellen hatte, gibt ein anschauliches Bild über die Entwicklung der deutschen Unternehmungen zu Groß- und Mammuntbetrieben. Diese Entwicklung machte in den letzten drei Jahren weitere große Fortschritte. Das Betriebsvermögen der belasteten Unternehmungen der Industrie, des Handels, des Bank- und Verkehrswesens stieg von 40,7 Milliarden Mark 1926 auf 48 Milliarden Mark 1929, allerdings teilweise auch als Folge der Höherbewertung der Grundstücke. 61,4 Prozent der Betriebsvermögen entfielen auf Unternehmungen mit einem Betriebsvermögen von mehr als 1 Million Mark, 41,4 Prozent mit mehr als 5 Millionen, 25,1 Prozent mit mehr als 20 Millionen, 15,9 Prozent mit mehr als 50 Millionen, 10 Prozent mit mehr als 100 Millionen Mark für das einzelne Unternehmen. Besonders stark war die Steigerung in den Gruppen mit den größten Betriebsvermögen. In der Gruppe der Unternehmungen mit einem Betriebsvermögen von über 100 Millionen Mark je Unternehmen stieg die Zahl der Unternehmungen von 16 im Jahre 1926 auf 22 1929, das Betriebsvermögen von 3 Milliarden auf 4,8 Milliarden Mark in drei Jahren, das ist um 58,8 Prozent, und beträgt 10 Prozent des gesamten zur Industriebelastung herangezogenen Betriebsvermögens, gegenüber 7,5 Prozent 1926. In der Gruppe der Unternehmungen mit einem Vermögen von 50 bis 100 Millionen Mark stieg die Zahl der Unternehmungen in den letzten drei Jahren von 32 auf 43, das Betriebsvermögen von 2,2 auf 2,9 Milliarden Mark. Eine Zunahme von fast 30 Prozent. Der Vermögensanteil dieser Unternehmungen an sämtlichen reparationspflichtigen Unternehmungen stieg von 5,4 auf 5,9 Prozent. In der Gruppe der Unternehmungen mit einem Betriebsvermögen von 20 bis 50 Millionen Mark stieg die Zahl von 117 auf 147, das Betriebsvermögen von 3,6 auf 4,4 Milliarden Mark, eine Steigerung um etwa 24 Prozent. Der Vermögensanteil dieser Unternehmungen stieg von 8,8 auf 9,2 Prozent. Die Zahl der Großbetriebe mit einem Betriebsvermögen von mehr als 5 Millionen Mark betrug 1929 1080 mit einem Gesamtvermögen von über 20 Milliarden Mark. Davon entfielen 807 Unternehmungen mit 15 Milliarden Mark Betriebsvermögen auf Produktionsbetriebe, 51 Unternehmungen mit 667 Millionen Mark Betriebsvermögen auf den Warenhandel, 122 waren Banken mit 2,4 Milliarden

Mark Betriebsvermögen, 61 Verkehrsunternehmungen mit 1,5 Milliarden Mark und 39 andere Unternehmungen mit 415 Millionen Mark Betriebsvermögen.

Das größte Betriebsvermögen wurde in der Textilindustrie verzeichnet mit 3,2 Milliarden Mark. Dieser folgt die chemische Industrie mit 2,74 Milliarden, der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau mit 2,67 Milliarden, der Bergbau mit 2,6 Milliarden, Verkehrswesen mit 1,4 Milliarden, Großeisenindustrie mit 1,6 Milliarden, elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik mit 1,16 Milliarden, Elektrizitätsgewinnung und -versorgung mit 1,08 Milliarden Mark.

Internationale Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß in Japan.
Die beiden größten gewerkschaftlichen Landesorganisationen: der japanische Gewerkschaftsbund und der Landesverband der Gewerkschaften haben sich am 1. Juni 1930 vereinigt. Der Verband führt den Namen Landesverband der Gewerkschaften. Sein Sitz ist Osaka. Die beiden Organisationen sind im Dezember 1926 und September 1929 auf Grund einer Spaltung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes gegründet worden. Der japanische Gewerkschaftsbund umfaßte 24 000 Mitglieder, die in 7 Bänden und 42 Gewerkschaften organisiert waren. Der Landesverband zählte etwa 15 000 Mitglieder mit 4 Bänden und 30 Gewerkschaften. Vermutlich wird der Zusammenschluß auch eine Vereinigung der beiden proletarischen Parteien nach sich ziehen: der Japanischen Volkspartei, die von ehemaligen japanischen Gewerkschaftsbund gestiftet wurde, und der Nationaldemokratischen Partei, die vom ehemaligen Landesverband der Gewerkschaften unterstützt wurde. Das Programm der neuen Organisation, das auf dem Gründungskongreß aufgestellt wurde, sieht eine gemeinsame Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Befreiung der Arbeiterklasse sowie Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalisten vor, ferner die Entfaltung einer Tätigkeit, um den politischen Einfluß aller beschlossenen Klassen zu fördern. Insbesondere wird gegen die Rationalisierung Stellung genommen, sofern sie lediglich zum Vorteil der Unternehmer durchgeführt wird. Ferner wird gefordert: die sofortige Einführung von Hilfsmaßnahmen für die Arbeitslosen, Aufstellung eines Systems zur Einführung von Mindestlöhnen, Achtstundentag, Anerkennung der Vereinigungsfreiheit und des Streikrechts, Einführung der Gesamtarbeitsverträge, Zusammenarbeit mit der internationalen Arbeiterkraft, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsgesetzgebung und Herbeiführung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront.

Genossenschaftsbewegung.

Unternehmer für Konsumvereine!
Bei den letzten Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit in der Nordwestgruppe der Eisenindustrie setzten sich die Unternehmer sehr lebhaft für eine allgemeine Preislenkung ein. Sie erkannten an, daß uns eine Senkung der Eisenpreise allein nicht auf den Weg der Besserung bringen kann. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß nicht nur die Werkhilfsanstalten, sondern auch die Konsumvereine in den letzten Wochen erhebliche Preislenkungen bis zu annähernd 10 Prozent durchgeführt hätten. Von einem Vertreter der freien Gewerkschaften wurde entgegengehalten, daß diese Preislenkungen — im Gegensatz zur Nordwestlichen Gruppe — ohne Lohnabbau erfolgt seien! Interessant ist es, daß bei dieser Gelegenheit ein maßgebender Unternehmervertreter ausführte, die Gewerkschaften müßten die Arbeiterchaft aufklären, nicht immer im nächsten und teuersten Laden zu kaufen, sondern einige Schritte mehr nicht zu scheuen und in das billige Geschäft zu gehen oder in den Konsumverein! Wir bekennen, daß wir in dieser Frage einmal zu 100 Prozent mit dem betreffenden Unternehmer einig gehen, sofern diese Ausführungen ernst gemeint waren. Erkennen auch die Unternehmer der Schwerindustrie, daß das Spiel der freien Kräfte auch in der Bedarfswirtschaft unrationell arbeitet und daß eine planmäßige Bereitstellung von Waren und Bedarfartikeln, wie unsere Konsumvereine es tun, im Interesse einer gut geleiteten Volkswirtschaft liegt? Allen Arbeitern, Angestellten und Beamten aber sollte dieses Arbeitgeberwort eine Mahnung sein, durch eine rege Mitgliedschaft im Konsumverein tatkräftig an einer planmäßigen Preislenkung mitzuarbeiten. Es lohnt sich für jeden!

Rundschau.

Die Stimmlisten für die Reichstagswahl müssen nach einer Anordnung des Reichsministers des Innern vom 24. bis zum 31. August 1930 zur Einsicht ausgelegt werden. Es liegt im eigensten Interesse jedes Wahlberechtigten, sich durch Einblick in die Stimmlisten und Stimmkarteien zu überzeugen, ob er eingetragen ist. Nach dem 31. August 1930 ist ein Einblick in die Stimmlisten nicht mehr möglich, und wer dann nicht eingetragen ist, kann sein Wahlrecht nicht ausüben.

Verbandsnachrichten.

40 Jahre Kampf.
Unter diesem Titel ist die Festschrift unseres Verbandes herausgekommen. Sie präsentiert sich in schönem Einband, ist auf gutem Papier gedruckt und bringt eine Fülle geschichtlichen Materials aus der Anfangszeit unseres Verbandes, d. h. des Fabrikarbeiterverbandes, und der ehemaligen Verbände der Glasarbeiter und Porzellanarbeiter. Auf 214 Seiten ist das Wichtigste aus der Vergangenheit unserer Gesamtorganisation zusammengetragen und zum Teil illustriert. Die Tiefdruckbilder sind vorzüglich ausgeführt, ebenso die im verkleinerten Format wiedergegebenen Köpfe der Vorläufer unserer heutigen Verbandszeitungen. Mit Rücksicht darauf, daß jedes Verbandsmitglied seine Organisation auch wirklich kennen sollte, wird das Buch an Mitglieder weit unter dem Herstellungspreis, und zwar zu 1 Mk., abgegeben. Das Buch „40 Jahre Kampf“ soll ein Schmuckstück der Bibliothek unserer Mitglieder sein, soweit sie im Besitze einer solchen sind. Die „kleine Geschichte unseres Verbandes“ soll den Ehrenplatz einnehmen. Die Befeilungen werden der Reihenfolge nach, wie sie einlaufen, erledigt.

Limburg a. d. Lahn.

Das Büro der Zahlstelle befindet sich jetzt: Limburg a. d. Lahn, Obere Schiede 12.

Berichte aus den Zahlstellen.

Silbesheim. Am 3. August fand unsere fällige Quartalsversammlung statt. Den Kassen- und Vierteljahrsbericht erstattete Kollege Hillebrandt. Die Mitgliederzahl konnte trotz der schweren Wirtschaftskrise um 100 Mitglieder gesteigert werden und betrug am Schluß des Quartals 1340. Die Vertrauensleute auf dem Lande sowohl als auch in der Stadt haben rege gearbeitet, und ihnen ist in der Hauptsache dieser Erfolg zu danken. Die Beschäftigungsmöglichkeiten in einzelnen Industrien sind sehr schlecht. Wie der Unternehmer dazu übergeht, bei Entlassungen nicht nur auf Verbandszugehörigkeit zu sehen, so kümmert er sich auch seltener Weise um die konfessionelle Zugehörigkeit seiner Arbeiterinnen und versucht sie uns abspenstig zu machen. Kollege Hillebrandt berichtete dann noch über Urlaubsfragen bei Lösung des Arbeitsverhältnisses und verwies auf die Fiktion verschiedener Unternehmer, die Arbeiterchaft unter Lohndruck zu setzen, indem kurz vor Kündigung des Lohnzittels bei der Regierung ein Stilllegungsantrag gestellt wird. In der Diskussion sprachen die Kollegen aus, daß die organisierten Fabrikarbeiter auch bei der Wahl am 14. September zeigen müßten, daß sie nicht gewillt sind, sich widerstandslos ins alte Vorkriegsgesicht spannen zu lassen, indem alle für die Sozialdemokratische Partei, als die einzige Arbeiterpartei, einzutreten haben. Adolf Eichhorn, Schriftführer.

Hirschberg. Gewerkschaftsjugendtreffen in Breslau vom 19. bis 21. Juli 1930. Egon die ersten Tage brachten unsere Jugendlichen aus allen Richtungen der weitverbreiteten Zahlstelle nach Hirschberg. Bald war ein reges Leben auf dem Bahnhof zu verzeichnen, da sich auch von den anderen Gewerkschaften die Jugendlichen zahlreich eingefunden hatten. Aus unserer Zahlstelle kamen 17 Jungen und 17 Mädchen mit zwei Jugendleiterinnen nach Breslau. Der Humor und die Freude waren ausgezeichnet, da viele das erstmalig eine Großstadt kennenlernen konnten. Bei fröhlichem Regen langten wir in Breslau an und marschierten nach dem Gewerkschaftshaus. Nachdem nachmittags die Stadt besichtigt worden war, trafen wir uns wieder am Gewerkschaftshaus, wo wo geschlossene zur Begrüßungsfeier nach Morgenstunden wurde. Das Programm war sehr gut, vor allem war die Rede „Die Welt gehört uns“, vorgetragen von der Spielführer „Rote Schokolade“, eine Gelernter. Sonntag früh ging es nach Schwabmühlbach zur Morgenfeier des Fabrikarbeiter-Verbandes. Hier hielt der Gesamtpräsident, Kollege Beyer (Breslau), eine Ansprache, in welcher er auf die Gefahren, die den Jugendlichen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung drohen, und auf die Forderungen der Gewerkschaft hinwies. Nur die Macht einer geschlossenen Arbeiterbewegung wird unsere Ziele verwirklichen. — allerlei Spiele sorgten für Abwechslung. Nach dem Mittagessen trafen sich alle Jugendlichen auf dem Platz der Republik zum Abmarsch nach der Jahrhunderthalle. Schöpfungsvorstellungen, Tänze und Wappeln beteiligten sich an dem Demonstrationstanz. Der Bergarbeiterverband, welcher seinen Verbandstag in Breslau hatte, war ebenfalls stark vertreten. Die mit Tannenzweigen besetzten Fahnen zeigten von der entsetzlichen Grabschattensuche in den Kerkern. Besonderen Wirkens das Verhalten der Kommunisten. Da ihnen das Verhalten von Flugblättern verboten war, versuchten sie, sich durch bloßes Gebüll an den Straßenecken bemerkbar zu machen. Von der Feier in der Jahrhunderthalle sind

Chemische Industrie

Opfer der Arbeit im Betriebe der U.G. für Stickstoffdünger in Knapsack.

Am 30. Juli ereignete sich im Prüfungsraum für Gasmasken ein schweres Unglück. Unter Aufsicht des Feuerwehrführers Schmitz waren vier Arbeiter mit der Prüfung der Gasmasken beschäftigt. Beim Abschießen der Gaspatronen erfolgte eine Explosion, die zu schweren Verbrennungen der Arbeiter führte und den Arbeiter Wilhelm Emmel tödlich verletzete. Die Ursache des Unglücks ist zur Zeit noch ungeklärt. Untersuchungen wurden sofort eingeleitet.

Zu dem Unglück wird uns von einem Arbeiter der U.G. für Stickstoffdünger, der den Betrieb sehr gut kennt, folgendes geschrieben:

„Die Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang und die zahlreichen Verbrennungen sind auf unserer Fabrik keine Seltenheit. Es scheint, daß auch hier die Rationalisierung ihre Opfer gefordert hat. Nur eine Frage an die Werksleitung: Warum werden solche Prüfungen nicht einzeln vorgenommen, um möglichst wenige Menschenleben in Gefahr zu bringen? Es wäre auch ratsam, das Abschießen der Patronen vor Eintritt der Arbeiter in den Prüfungsraum vorzunehmen. Dadurch würde die Gefahr wesentlich herabgemindert, was für die in Betracht kommenden Arbeiter eine größere Sicherheit bedeuten würde. Ist sich die Firma mit dem verantwortlichen Betriebsleiter der Abteilung ihrer Verantwortung nicht bewußt? Die Unglücksfälle sind ihr sicher bekannt und die Hinterbliebenen der Todesopfer in den letzten zwei Jahren sind bis zur Stunde noch beunruhigt. Schmerz und Kummer zehren an ihnen. Die Zahl der Opfer in den letzten Jahren ist sehr bedenklich, und es ist Pflicht der Direktion und besonders der Aufsichtsbehörde, daß alle Vorsichtsmaßnahmen angewandt werden. Der Arbeiterrat und die Arbeiterschaft selbst müssen mit daran arbeiten, daß Leben und Gesundheit der Belegschaft besser geschützt werden. Die heutige Auffassung einzelner Betriebsleiter, wenn Vorschläge der Arbeiterschaft nach dieser Richtung hin gemacht werden, daß es da heißt, man kann es auch übertrieben, ist entschieden zu verwerfen. Vorbeugen zur rechten Zeit ist die beste Unfallverhütung im Betriebe.“

P. Hertwig.

Der J.-G.-Farbenruß in Holland.

Einen interessanten Einblick in die Ausdehnungsbestrebungen der J.-G. Farbenindustrie im Ausland gab nach einem Bericht der „Deutschen Bergwerkszeitung“ die Hauptversammlung der holländischen Gesellschaft v. h. Ketjen u. Co. Der Bericht zeigt, wie im Stillen wachsend die Macht des J.-G.-Farbenrußes sich im Ausland in immer neuen Ädern und Kanälen verzweigt und nach und nach alle Länder der Welt in den Interessenzirkel des deutschen Chemierußes verflucht.

Auf die Anfrage eines Aktionärs über den Einfluß der J.-G. Farbenindustrie erklärte der Vorsitzende der Gesellschaft, J. M. Telders, daß vor einiger Zeit in Holland hartnäckige Gerüchte über Aktienkäufe des Auslandes (J.-G. Farbenindustrie) dem Unternehmen Veranlassung gegeben haben, neue Vorzugsaktien zu schaffen, um die Selbständigkeit der nationalen Unternehmer gegenüber ausländischen Unternehmungen zu sichern. Der Vorsitzende gab zu, daß die Möglichkeit bestände, daß auch jetzt wieder von deutschen Interessenten regelmäßig Anteile der Gesellschaft aufgekauft würden. Als von Aktionären eingewandt wurde, daß, wenn es dem Auslande gelänge, die Aktienmehrheit in die Hand zu bekommen, auch die Vorzugsanteile hinfällig würden, wurde von der Verwaltung zugegeben, daß gegen den zunehmenden Einfluß ausländischer Kapitalgruppen (zweifellos die J.-G. Farbenindustrie) auf Grund von Börsenkäufen nichts mehr zu unternehmen sei. Falls es der J.-G. Farbenindustrie gelingt, das Unternehmen aufzulösen, werde die Verwaltung alles tun, um die Fortführung des Unternehmens zu sichern. Es ist kein Geheimnis in diesen Kreisen, daß die J.-G. Farbenindustrie in der letzten Zeit ihre Interessenausbreitung in Holland mit großem Nachdruck betreibt.

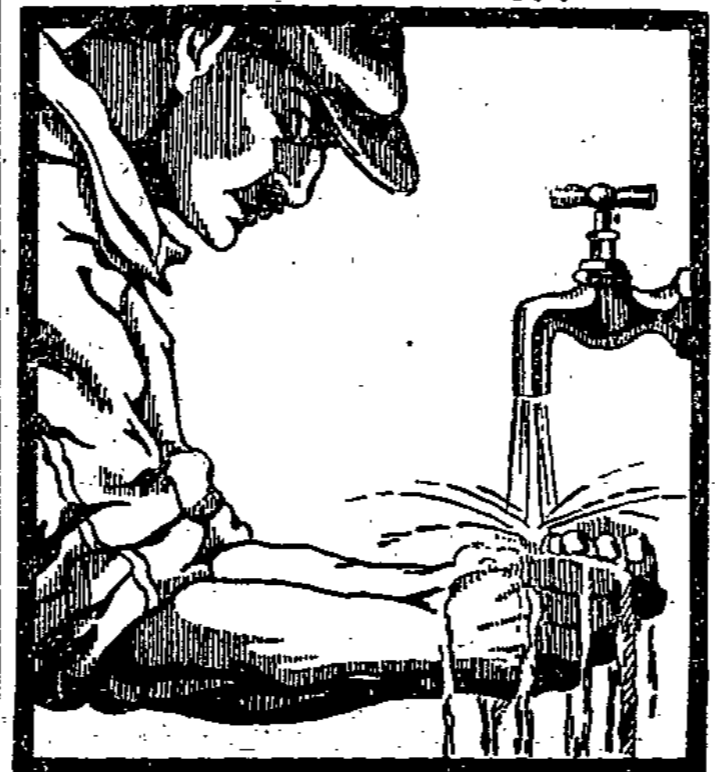
Die Bestrebungen der J.-G. Farbenindustrie, in Holland wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen, liegen bereits längere Zeit zurück. Wir erinnern nur an den gewaltigen Kampf der J.-G. Farbenindustrie und der Glanzstoffgruppe auf dem Gebiete der Kunstseideindustrie, als seinerzeit die Erbschaft des Börsenschiebers Löwenstein unter den Hammer kam. In diesem Ringen blieb die Glanzstoffgruppe Sieger; ein Umstand, der zu einer großen Verstärkung der J.-G. Farbenindustrie gegen Glanzstoff geführt hatte. In den letzten zwei Jahren hat jedoch die J.-G. Farbenindustrie in Holland ihren Einfluß auf die verschiedensten Unternehmungen ausgedehnt. Der erste größere Schritt war der Zusammenschluß mit der holländischen Kunstseideindustrie, deren Aktienmajorität sich in den Händen der Alku (Allgemeine Kunstseiden-Union) befindet, anlässlich der Gründung der British Vreda Artificial Silk mit einem Aktienkapital von 1 Mill. engl. Pfund. Die Folge dieses Zusammenschlusses war, daß die J.-G. Farbenaktien im August 1929 an der Börse zu Amsterdam eingeführt worden sind. Die holländischen Bergbauinteressen der J.-G. Farbenindustrie sind begründet in der Internationalen Bergin Co. für Öl- und Kohlenchemie im Haag, eine Gesellschaft, die die Hydrierungspatente der J.-G. Farbenindustrie in Holland auswertet.

Bereits im Juli 1929 hatte die J.-G. Farbenindustrie 30 000 Aktien an der Amsterdamer Börse auf den holländischen Markt gebracht. Bei den lukrativen Gewinnen der J.-G. Farbenindustrie ist es begreiflich, daß die Aktien der J.-G. Farbenindustrie bei holländischen Interessenten, die über das nötige Kleingeld verfügen, lebhaft Nachfrage gefunden haben. Es ist dies die Taktik, die bereits von der J.-G. Farbenindustrie bei der Einführung der Aktien an der New Yorker Börse geübt wurde, durch die Gelegenheit zu fetten Verdien-

möglichkeiten für ausländische Aktionäre stimulierend auf die bestehenden Schichten der in Frage kommenden Länder einzuwirken.

Neben diesen direkten Bestrebungen, einen wesentlichen Einfluß in Holland zu gewinnen, geht die J.-G. Farbenindustrie auch den Weg über äußerlich rein holländische Unternehmungen, die starke Verflechtungen mit der Industrie haben. Hierzu ist u. a. zu zählen, die Allgemeine Erzgesellschaft in Rotterdam, die Gesellschaft Chemie, die Firma Heinrich Hushahn in Rotterdam sowie die N. V. Defa, Gesellschaft für Farbstoffhandel in Arnheim. Gemäß dem Beispiel in anderen Ländern, wurde auch hier eine Holdinggesellschaft gegründet, die sogenannte Gesellschaft für Industrie und Handelsbelange in Amsterdam, deren Aktienmajorität die J.-G. Farbenindustrie besitzt. Außerdem verfügt die J.-G. Farbenindustrie über starken Einfluß in der Textilindustrie und damit zusammenhängenden Industrien. Den Weg hierzu fand die J.-G. durch bereits bestehende geschäftliche Verbindungen, wobei sie vielfach die ungünstige Lage der einzelnen Unternehmungen ausgenutzt hat, um sich die finanzielle Vorherrschaft zu sichern. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schätzt die Zahl dieser Unternehmungen heute bereits auf über 12.

WASCHE DIE HÄNDE BEVOR DU ISST



VERHÜTE KRANKHEIT

Bestell-Nr. 266 der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen

Sauberkeit ist Krankheitsverhütung.

In manchen Betrieben wird mit Material gearbeitet, das giftig wirkt, wenn es in den Körper kommt. Wer in chemischen Fabriken, Meißfabriken oder dergleichen, in der Frühstückspause Nahrungsmittel zu sich nimmt, die er mit angewaschenen Fingern anfängt, wird die Strafe für seine Sorglosigkeit und Unordentlichkeit sehr bald am eigenen Leibe spüren. Es ist nur ein schwacher Trost, daß derartige „Gewerkrankheiten“ heute von der Berufsgenossenschaft entschädigt werden. Keine Rente wiegt die Schmerzen, Qualen, Nöte und Sorgen auf, die derartige Krankheiten mit sich bringen.

Damit ist die Entwicklung nicht abgeschlossen. Allgemein ist in Holland bekannt, daß das N. V. Indanthrenhaus zwar nicht indanthrengefärbte Stoffe verkauft, sondern in erster Linie ein Unternehmen darstellt, das als Hauptaufgabe die Reklame für die J.-G.-Farbenzeugnisse zu betreiben hat. Namentlich auf dem Gebiete der Textilindustrie wird von hieraus starke Propaganda gemacht. Weiter sollen von hier aus sehr enge Beziehungen zu den bedeutendsten Textilunternehmen der holländischen Textilindustrie bestehen.

Das Bekanntwerden der holländischen Beziehungen der J.-G. Farbenindustrie zeigt, daß der Chemieruß nach wie vor an Ausbau seiner Weltherrschaft emsig arbeitet. Diese Entwicklung wird weder gestört durch Wirtschaftskrisen, noch durch konjunkturelle Erschütterungen der Industrie. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß es eine Wirtschaftskrise im allgemeinen Sinne für den Chemieruß heute praktisch nicht mehr gibt. Je mehr die Verflechtungen an Umfang gewinnen, je mehr das Eindringen in die verschiedensten Industrien vorwärtsschreitet, desto mehr wird der große gewaltige Apparat der J.-G. Farbenindustrie vor wirtschaftlichen Erschütterungen gesichert werden. Die Möglichkeit einer Ausbalancierung wird mit der Vergrößerung der Produktionsbasis in der chemischen Industrie gegeben. Wenn trotzdem von der chemischen Großindustrie die jetzt bestehende Wirtschaftskrise benutzt wird, um in erster Linie das rein wirtschaftliche Unternehmen von der Welle der Rationalisierung und der Sozialreaktion mit profizieren zu lassen, so zeugt das davon, daß die kapitalistische Produktionsweise Hemmnissen irgendwelcher Art nicht kennt. Wenn darüber hinaus die leitenden Personen dieses Großrußes, der selbst in Zeiten der Wirtschaftskrise glänzend verdient, in den politischen Kämpfen dieser Lage im Vordergrund der sozialen Reaktion gegen die Arbeiter stehen, so zeigt uns das erneut wieder, daß gerade die Arbeiterschaft der chemischen Industrie allen Grund hat, auf der Hut zu sein vor dem Mißbrauch, der mit der Kapitalmacht eines Riesenunternehmens rücksichtslos gegen die Arbeiterschaft getrieben wird.

R. Segerer.

Bericht der J.-G. Farbenindustrie über den Geschäftsgang im zweiten Vierteljahr 1930.

Es gibt zur Zeit kein größeres Wirtschaftsunternehmen in Deutschland als die J.-G. Farbenindustrie. Es gibt aber auch kein Unternehmen in Deutschland, das einen Geschäftsbericht von einer solchen Kürze an die Öffentlichkeit gibt, wie die J.-G. Farbenindustrie. Größe des Unternehmens und des Ge-

schäftsbericht verhalten sich in umgekehrtem Verhältnis zueinander. Falls sich ein Mathematiker der Arbeit unterziehen wollte, dieses Mißverhältnis auf eine Formel zu bringen, dürfte er bei dieser Arbeit immerhin einige Schwierigkeiten haben. Dazu ist dieser Bericht der J.-G. Farbenindustrie über die Geschäftsentwicklung im zweiten Vierteljahr 1930 ohne jegliche Zahlen, die die Grundlage eines Vergleichs der geschäftlichen Entwicklung ermöglichen würden.

Lediglich ein kurz gefaßter summarischer Bericht in wenigen Worten, der einen wirklichen Einblick in die Geschäftsentwicklung der J.-G. Farbenindustrie auch nicht nur annähernd gewährt. In der Form, in der der Bericht vorliegt, erscheint er fast als die Erfüllung einer Formalität, der die Leitung des Chemierußes keinerlei Wert beilegt.

Aus dem Bericht entnehmen wir, daß in dem Absatz von Farbstoffen und Färbereihilfsprodukten sich das Inlandsgeschäft etwa auf gleicher Höhe wie im ersten Vierteljahr 1930 bewegt. Vergleichszahlen sind nicht vorhanden. Der Absatz im europäischen Ausland ist zum Teil belebt, in Export und Übersee nicht unbefriedigend. Chemikalien und Lösungsmittel sind im Hinblick auf die Lage der Abnehmerindustrien stagnierend.

Der Inlandsabsatz an Stickstoffdüng. verlief der Jahreszeit entsprechend. Erzeugung und Versand erlitten keine Störung. In den Berichtsabschnitt fällt die Erneuerung des Stickstoffsyndikats, dessen Tätigkeit sich nicht mehr wie früher nur auf den Verkauf von Stickstoffdüngemitteln, sondern auch auf den Absatz von Stickstoffprodukten für technische Zwecke erstreckt. Das Syndikat umfaßt mehr als 98 Prozent der gesamten deutschen Stickstoffherzeugung. In der Mitte Juni dieses Jahres nach Ostende einberufenen europäischen Stickstoffkonferenz wurde eine Verständigung über den Absatz im kommenden Frühjahr angebahnt. Die Verhandlungen, welche zu einer gewissen Annäherung geführt haben, bieten noch große Schwierigkeiten und werden Ende dieses Monats fortgesetzt.

In den wichtigsten pharmazeutischen Produkten wurden weitere Fortschritte erzielt. Die Wirkungen der allgemeinen Wirtschaftsdpression konnten für den Gesamtverlauf des pharmazeutischen Geschäfts dadurch ausgeglichen werden. (Was muß demnach an diesen pharmazeutischen Markenpräparaten der J.-G. Farbenindustrie verdient werden!) Photographische Produkte zeigten eine leichte Belebung, die eine entsprechende Produktionssteigerung bedingte. Auf dem Gebiet des Kinos machte sich die noch ungeklärte Tonfilm-lage bemerkbar.

Für Kunstseide zeigte sich vorübergehend günstige Nachfrage. Die Lagerbestände konnten erheblich vermindert werden. In der bekannten Preisentwicklung für Kunstseide hat sich bisher nichts geändert. Vistrafaser ist nach wie vor in erfreulicher Weiterentwicklung begriffen.

Dies ist in aller Kürze das, was aus dem Bericht der J.-G. Farbenindustrie zu entnehmen ist. So nackt und dürr der Bericht auch ausgefallen sein mag, er verrät uns doch, daß die Wirtschaftskrise der J.-G. Farbenindustrie keine allzu großen Sorgen macht. Entweder ist für wichtige Produktionsgebiete die Absatzfrage befriedigend oder es ist keine Verschlechterung gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eingetreten, außerdem sind auch Absatzsteigerungen sowie günstige geschäftliche Entwicklungen des Unternehmens im Jahre der großen Krise 1930 zu verzeichnen. Die Regelung auf dem internationalen Stickstoffmarkt berechtigt zu neuen Verdienstaussichten, zumal die J.-G. Farbenindustrie hier fast ein geschlossenes Monopol in Deutschland hat. In der pharmazeutischen Industrie ist zweifellos ein erheblicher Fortschritt gemacht worden, der sogar den Einfluß der Wirtschaftskrise auf diesem Gebiet ausgleichen konnte. Die Filmproduktion hat sich gesteigert. Die Kunstseidewirtschaft hat sich gebessert; Qualitätsprodukte wie die Vistrafaser erfahren eine Absatzsteigerung. Die Lagerbestände in der Kunstseide konnten verringert werden. Daraus ergibt sich, daß die Geschäftslage des Farberußes sehr gut ist, und dadurch gewinnt auch die Kürze des vorliegenden Berichts eine besondere Bedeutung. Man kann der J.-G. Farbenindustrie lebhaft nachempfinden, daß die Entwicklung ihres Unternehmens angesichts der wirtschaftsreaktionären Bestrebungen der deutschen Unternehmer mitten im Kampf der Sozialreaktion gegen die Arbeiterschaft ein wenig überzeugendes Argument von der Notlage der deutschen Industrie darstellt. Es dürfte für die leitenden Männer dieses Unternehmens, die in den Wirtschaftsorganisationen der Unternehmer an führender Stelle den Kampf gegen die Arbeiterschaft mit organisieren helfen, immerhin peinlich sein, allzuviel Aufsehen mit der Entwicklung des Chemierußes zu machen. Aber der Farberuß ist heute ein Unternehmen, das nicht unbeachtet bleiben kann, wenn es auch noch so sehr sich der Beurteilung durch die Öffentlichkeit entziehen möchte. Daß gerade in letzter Zeit angesichts der politischen Verhältnisse der J.-G. Farberuß im grellen Scheinwerferlicht der Beurteilung durch die Arbeiterschaft und darüber hinaus weiter Volkskreise steht, ist durch die Einstellung des Farberußes erklärlich.

Der Ruß, der sich auf seine riesige finanzielle Macht in Deutschland und im Auslande stützt, hat rücksichtslos gegen Arbeiterschaft und öffentliche Meinung seine Ziele durchgesetzt. Rationalisierung bis zur äußersten Möglichkeit auf technischem Gebiet, damit verbunden Produktions- und Gewinnsteigerungen und ebenso rücksichtslose Massenentlassungen von Arbeitern, die zum Teil jahrzehntelang zum Aufbau des Riesenunternehmens beigetragen haben.

Daneben eine vollkommene Nichtbeachtung der öffentlichen Meinung, die darin ihren Ausdruck fand, daß der Farberuß, wie kein anderes Unternehmen in Deutschland, der überheblich Ansicht war, daß die gesamte Öffentlichkeit das als richtig und gegeben hinzunehmen habe, was der J.-G. Farberuß zu tun als gut befindet. Nirgend hat sich die unumschränkte Kapitalherrschaft der augenblicklichen privatkapitalistischen Wirtschaftperiode unverhüllt gezeigt, als hier. Auch der neue Bericht der J.-G. Farbenindustrie wird nicht

versöhnlicher wirken, sondern zeigen, daß der Widerstand gegen eine solche Wirtschaftsentwicklung in den Reihen der Arbeiterschaft immer neue Kräfte zu ihrer Bekämpfung auslösen wird. Wirtschaftskrise — Massenelend, der Chemietrust hat alle Ursache nach dem Motto „Stille, stille, kein Geräusch gemacht“ von seiner günstigen Geschäftsentwicklung so wenig wie möglich Aufsehen zu erregen. Der Bericht ist, das sei zum Schluß noch gesagt, das Äußerste an „neuer Sachlichkeit“ auf dem Gebiet der Wirtschaftsberichte. R. Segerer.

Der Kallabjag in den ersten 7 Monaten des Jahres 1930.

In der Zeit vom 1. bis 31. Juli wurden von den Werken 938 591 Doppelzentner Reinkali gegen 892 006 Doppelzentner in dem gleichen Monat des Vorjahres verladen. Der Abjag in den ersten sieben Monaten des laufenden Kalenderjahres beträgt 9 230 894 Doppelzentner Reinkali gegen 9 191 067 Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres. Demnach ist eine wenn auch nur geringe Steigerung von annähernd 40 000 Doppelzentner zu verzeichnen.

Die Kaliindustrie ist also von der allgemeinen Wirtschaftskrise bisher verschont geblieben. Bemerkenswert ist, daß der jetzige Abjag viel bedeutend weniger Arbeitskräfte als im Vorjahre erreicht worden ist; außerdem sind in diesem Jahre ziemlich viel Feierschichten eingelegt, was im vorigen Jahre auch nicht der Fall war.

Papier-Industrie

Die Papiermacherberufsgenossenschaft im Jahre 1929.

Abermals hat die Papiermacherberufsgenossenschaft für das Jahr 1929 zwei Berichte herausgegeben, und zwar den Verwaltungsbericht für ihre Mitglieder und einen Jahresbericht für die Arbeitnehmervertreter der Berufsgenossenschaft und für sonstige öffentliche Interessenten. Bereits im vorigen Jahre haben wir Kritik daran geübt, daß in diesen beiden Berichten das angeführte Zahlenmaterial nicht immer übereinstimmt. Dieses trifft teilweise auch auf die beiden Berichte für das Jahr 1929 zu.

Zahl der Betriebe.

Im Jahresbericht heißt es: „Die Zahl der Betriebe ist von 1063 Ende 1928 auf 1034 Ende 1929 zurückgegangen.“ Der Rückgang würde demnach 29 Betriebe betragen. Damit steht die angegebene Betriebszahl im Verwaltungsbericht der Papiermacherberufsgenossenschaft im vollkommenen Widerspruch. Dort heißt es: „Die Genossenschaft umfaßt im Jahre 1929 1071 Betriebe, das sind 20 weniger als im Vorjahre.“

Da die angegebene Betriebszahl im Verwaltungsbericht erheblich über den angegebenen Betriebszahlen im Jahresbericht liegt, kann es sich auch nicht um eine Durchschnittszahl handeln, denn diese müßte logischerweise zwischen den beiden im Jahresbericht angegebenen Zahlen liegen. Außerdem ist der im Jahresbericht angegebene Betriebsrückgang um 9 Betriebe höher als die im Verwaltungsbericht angegebene Zahl. Wir stellen diese Tatsache abermals fest. Die Gründe für diese Differenzen sind vollkommen unverständlich; die Tatsache hat aber ganz bestimmte Rückwirkungen auf die Bewertung der von der Papiermacherberufsgenossenschaft herausgegebenen Zahlen.

In Konkurs geratene Betriebe.

Der Jahresbericht enthält hierüber gar keine Angaben, während der Verwaltungsbericht über die in Konkurs geratenen Betriebe einschließend der beschäftigten Arbeiter und der auf diese Betriebe entfallenden Jahreslohnsumme folgende Angaben macht:

Jahr	Betriebe	Arbeiter	Jahreslohnsumme in RM.
1928	9	483	730 277
1929	15	523	838 638

Zahl der Versicherten.

Die Durchschnittszahl der versicherten Personen ist in beiden Berichten gleichlautend angegeben. Während im Jahre 1928 118 670 Versicherte vorhanden waren, sank diese Zahl im Jahre 1929 auf 115 097 oder um 3573 Versicherte, demnach um 3 Prozent.

Löhne.

Über die ermittelten Lohnsummen weiß der Jahresbericht ebenfalls nichts zu melden. Dem Verwaltungsbericht dagegen entnehmen wir, daß im Jahre 1928 240 728 100 RM. und im Jahre 1929 insgesamt 247 651 170 RM. umlagepflichtige Löhne ermittelt wurden. Die umlagepflichtigen Löhne sind demnach um 6 923 070 RM. oder um 2,9 Prozent gestiegen.

Die den Versicherten gezahlten Durchschnittslöhne werden im Verwaltungsbericht folgendermaßen angegeben:

Jahr	Jahresdurchschnittslöhne in RM.
1913	1023
1928	2029
1929	2152

Unfälle.

Die in beiden Berichten gleichlautenden Angaben über die Unfälle sind in folgender Tabelle wiedergegeben:

	1928	1929
Angezeigte Unfälle	12 758	12 124
Auf 1000 Versicherte	107,51	105,34
Erstmalig entschädigte Unfälle	971	987
Auf 1000 Versicherte	8,18	8,58
Todesfälle	61	53
Auf 1000 Versicherte	0,5	0,4
Gewerbl. Berufsunfähigkeiten	27	15
Davon erstmalig entschädigt	1	5

Sterbei ist bemerkenswert, daß die Zahlen der angegebenen Todesfälle im Jahresbericht wiederum differieren. Während in der dem Jahresbericht beigegebenen Tabelle über die in den Jahren 1927 und 1928 ereigneten Unfälle, spezifiziert nach Betriebsrichtungen, die Zahl der Todesfälle im Jahre 1928 mit 63 angegeben wird, ist sie im Bericht selbst, wie oben bereits bemerkt, nur auf 61 festgesetzt. Selbst wenn die Differenz von zwei Todesfällen daher rühren sollte, daß von den im Jahre 1928 schwer Verunglückten noch zwei im Jahre 1929 gestorben sein sollten, müßte diese Tatsache im Interesse einer übereinstimmenden Statistik vermerkt oder sonstige Gründe angegeben werden, die diese Differenzen erklären.

Einschließlich der Unfälle aus den früheren Jahren waren nach dem Verwaltungsbericht — auch hierüber enthält der

Jahresbericht keine Angaben — 7314 Unfälle zu entschädigen. Unfallschädigungen.

Nach hierüber enthält der Jahresbericht keine Angaben. Nach dem Verwaltungsbericht wurden folgende Entschädigungssummen ausgezahlt:

Jahr	Entschädigungssummen in RM.
1913	1 382 856,59
1928	2 999 081,20
1929	3 312 978,61

Unfallverhütungsmassnahmen.

Von den Revisionsbeamten der Berufsgenossenschaft wurden im Jahre 1929 732 Betriebe oder 68 Prozent der Gesamtbetriebszahl revidiert. Davon mußte eine Anzahl wiederholt revidiert werden, soweit besondere Anlässe, wie Untersuchung von Unfällen, Feststellungen erheblicher Betriebsmängel oder andere dringende Gründe vorlagen.

Leider hält der Bericht die Zahl der Betriebe, in denen Mängel angetroffen werden und die Zahl der Anordnungen, die zur Beseitigung dieser Mängel notwendig wurden, nicht streng auseinander. Dadurch wird das Gesamtbild verschleiert. Wir lassen dahingestellt, ob diese Verschleierung unabsichtlich oder aus bestimmten Gründen und mit Rücksicht auf die Versicherungsvertreter aus dem Arbeitnehmerlager herbeigeführt wurde. Aufgabe der Versicherungsvertreter sollte es sein, darauf hinzuwirken, daß dieser Zustand beseitigt wird.

Täglich 3000 Unfälle

wurden bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1928 gemeldet. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den modernen Fabrikbetrieben der rückwärtslosen Antriebs- und scharfen Rationalisierung zum Opfer fallen. Aber nicht genug damit! In einer Zeit, in der sich die Arbeitsgefahren täglich mehren, in der Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft mehr denn je bedroht sind, in der die forschreitende Rationalisierung immer mehr Arbeiter brotlos macht, verlangen die Unternehmer durch ihre „Frontkämpfer-Regierung“ noch weitgehenden

Abbau der sozialen Einrichtungen.

Die geringe Linderung, die die Sozialversicherung der Rot der Arbeitssopfer zuteil werden läßt, soll womöglich ganz beseitigt werden. Nichts kann die Arbeiterfeindlichkeit der kapitalistischen Wirtschaft deutlicher zeigen. Eine Wirtschaftsordnung, die ihren Arbeitssklaven nicht mehr die bloße Existenz sichern kann, sondern sie hilflos in allem Elend lassen will, muß beseitigt werden. Hilf mit, Kollege, hilf mit, Kollegin!

Stärke deine Gewerkschaft!

Wenn der Bericht sagt, daß in 182 Betrieben keine nennenswerten Betriebsmängel beobachtet wurden, so kann damit doch nur der Eindruck erweckt werden, als ob die Revisionsbeamten zu Beanstandungen keinen Anlaß gehabt hätten. War dieses der Fall, so brauchte aber nicht die gedehnte Ausdrucksweise „keine nennenswerten Betriebsmängel“ gewählt werden. Es waren demnach doch Betriebsmängel vorhanden und infolgedessen waren sie sowohl ihrer Größe als auch ihrer Art nach anzugeben.

In 26 Betrieben wurde das Fehlen und die schlechte Beschaffenheit der vorgeschriebenen Anschläge oder des Verbandmaterials beanstandet. Nach hier ist nur die Zahl der Betriebe, nicht aber die Zahl der vorgenommenen Beanstandungen und Anordnungen angegeben. In 102 Betrieben wurde der schadhafte Zustand oder das Fehlen von Geländern und Fußleisten an erhöhten Verkehrs- und Arbeitsstellen beanstandet. Wiederrum das gleiche Bild, daß zwar die Zahl der Betriebe, nicht aber die Zahl der vorgenommenen Beanstandungen und der Anordnungen festgesetzt wird.

Das gleiche gilt für die 122 Fabriken, in denen die Umwehungen und Abdeckungen von Kanälen und Behältern beanstandet werden mußten. Nicht anders sieht es in den 35 Betrieben aus, in denen die Anbringung von Treppengeländern und Handläufen gefordert wurde.

Besonders interessant ist die Feststellung, daß in 72 Betrieben mangelhafte Leitern im Gebrauch waren, „trotzdem vorchriftsmäßige Leitern fast stets vorhanden waren“. In diesen Fällen wäre es Aufgabe der Revisionsbeamten gewesen, festzustellen, warum die Arbeiter die mangelhaften Leitern benutzen mußten. Der Bericht sagt hierüber kein Wort. Wahrscheinlich will er vermeiden, die Direktionen und Aufsichtspersonen dieser Betriebe zu kritisieren, die doch die Pflicht hatten, diese mangelhaften Leitern aus dem Gebrauch zurückzuziehen.

Auf besondere Nachlässigkeit der Betriebsinhaber und der verantwortlichen Betriebsbeamten weist auch die Feststellung hin, daß 795 Anordnungen getroffen werden mußten, die sich auf den Zustand von Riemenverwahrungen und Riemenunterfangungen, auf Sicherungen von Riemenseiben, Zahnrad-einläufen, Fahrradverkapelungen und Abdeckungen bezogen. Eine Lobeshymne auf die verantwortlichen Betriebsleiter ist fernesthin nicht die Feststellung, daß in 44 Betrieben die Umwehungen von Gegengewichten fehlten.

In 49 Betrieben gaben die elektrischen Einrichtungen und besonders der Zustand der elektrischen Handlampen Anlaß zu Beanstandungen. Auch hier fehlt die Angabe über die Höhe der getroffenen Anordnungen.

Wenn in 167 Fällen an Papier- und anderen Maschinen die Walzenabstände und der Schutz gefährlicher Walzen-einläufe beanstandet werden mußten, so ist dies in Anbetracht der hohen Unfallgefahren, die die schnelllaufenden Maschinen in der Papiererzeugungsindustrie mit sich bringen, ebenfalls eine schwere, wenn auch durch den Revisionsbeamten im Bericht

unausgesprochene moralische Belastung der Betriebsunternehmer.

In nicht weniger als 64 Betrieben mußten die Lastenaufzüge beanstandet werden. Die Zahl der getroffenen Anordnungen wird auch hier verheimlicht.

In weiteren 73 Betrieben mußte an den Kreisbögen das Fehlen der Spaltkeile oder der Schutzhauben oder deren ungenügende Beschaffenheit beanstandet werden. Die Tatsache, daß es unter den Maschinenarbeitern in der Holzindustrie nur wenige gibt, die noch im Besitz ihrer zehn gefunden Finger sind, beweist die Leichtfertigkeit, mit der die Arbeit an diesen Maschinen durch die Unternehmer geduldet wird. Überflüssig, darauf hinzuweisen, daß auch hier die Zahl der getroffenen Anordnungen, wie fast im ganzen Bericht, nicht angegeben ist.

Ausdrücklich hebt der Bericht hervor, daß, obwohl die Betriebsrevisionen angeblich unangemeldet stattfanden, die Führung zumeist der Betriebsleiter oder der Unternehmer selbst vorgenommen hatte. Daß dadurch die Betriebsbesichtigungen wesentlich beeinträchtigt werden, versteht sich von selbst. Damit aber bekommt die Feststellung im Bericht, daß von Seiten der Versicherten Beschwerden nicht vorgebracht wurden, einen sonderbaren Beigeschmack.

Wenn der Bericht ferner feststellt, daß erst in 55 großen Betrieben Unfallverhütungsausschüsse bestehen, so ist diese Zahl recht minimal. Es wird damit zugegeben, daß in über 1000 Betrieben der Papiererzeugungsindustrie das Unternehmertum auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Unfallverhütung keinen Wert legt. Aber selbst in diesen 55 Betrieben werden nach Angabe des Berichts nur in 4 oder 5 Betrieben Betriebsunfallstatistiken geführt. Damit ist zugegeben, daß auch von diesen 55 Betrieben rund 50 Betriebe ihre Unfallauschüsse als „weiße Salbe“ betrachten.

G. S f a h l e r.

Mittleuropäische Zellulosekonvention.

Nach dem „Wochenblatt für Papierfabrikation“, Nr. 30, Jahrgang 1930, fanden in Prag — Datum fehlt — Besprechungen zwischen den Vertretern der mitteleuropäischen Zellstoffindustrie statt. Vertreten waren Mitglieder der deutschen und tschechoslowakischen Zellstoffkonventionen sowie Vertreter der österreichischen Zellstoff-Fabriken. Es wurde die Stellungnahme der Vertreter dieser Staaten zur Gründung einer mitteleuropäischen Zellstoffkonvention besprochen. Dabei bildete die Aufstellung von Richtlinien für eine derartige Regelung, die Ausschaltung der Befreiung der Überprüfungen untereinander, die Frage der Menschenkontingentierung und die Frage der Exportpreise die Grundlage der Verhandlungen. Leider weiß das „Wochenblatt für Papierfabrikation“ über das Ergebnis dieser Verhandlungen nichts zu berichten.

Der Zellstoffwelterport.

Nach dem „Papierfabrikanten“ Nr. 30, Jahrgang 1930, hat Diplomingenieur Gösta Hall, Wesle in Schweden, vor dem Verein französischer Papieringenieure in diesem Jahre in Paris einen Vortrag gehalten und dabei folgende Feststellungen über die Beteiligung der wichtigsten Zellstoff produzierenden Länder am Welterport gemacht:

Staaten	Ausfuhr an Zellstoff in Meter-tonnen:		
	1925	1927	1929
Schweden	978 542	1 206 626	1 451 294
Kanada	528 229	528 684	518 380
Finnland	294 318	355 006	469 676
Norwegen	236 840	227 840	257 539
Deutschland	172 519	189 653	265 464

Staaten	Anteil am Zellstoffwelterport in Prozent:		
	1925	1927	1929
Schweden	44,3	48,1	49
Kanada	23,9	21	17,5
Finnland	13,3	14,2	15,8
Norwegen	10,7	9,1	8,7
Deutschland	7,8	7,6	9

Mit obigen Berechnungen ist der prozentuale Anteil am Welterport von Zellstoff nicht genau berechnet, da außer den in der obigen Tabelle angeführten Staaten auch noch die Tschechoslowakei und Österreich an der Zellstoffausfuhr beteiligt sind. Die Beteiligung dieser beiden Staaten am Welterport wird zusammen auf annähernd 10 Prozent des gesamten Welterports geschätzt.

Verschiedene Industrien

Invalidenversicherung für Hausgewerbetreibende wird von Unternehmern nicht erfüllt.

Die Arbeit- und Auftraggeber erfüllen die ihnen auferlegten Pflichten der Invalidenversicherung gegenüber nicht. So oder ähnlich lauten die Zuschriften, die aus Hausarbeitsgebieten, insbesondere aus den Thüringer Hausarbeitsgebieten zu uns dringen. Wir sind von Hausarbeitern beauftragt worden, in unseren Verbandsorganen zur Frage der „Invalidenversicherung für Hausgewerbetreibende“ Stellung zu nehmen. Diesem Wunsch kommen wir nach. Vorerst aber einiges zur Sozialversicherung im allgemeinen und zur Invalidenversicherung im besonderen.

In nimmermüder Arbeit und in schweren Kämpfen haben unsere Vorkämpfer den Grundstein zur Sozialversicherung gelegt. Das allbekannte Gewerkschaftsmotio „Einer für alle; alle für einen!“ ist Inhalt der Sozialversicherung geworden. Der weitere Ausbau einer Einrichtung geht viel leichter vonstatten, wenn erst ein Anfang gemacht ist. Die treibenden Kräfte zum Anfang waren die Alten, die zum Ausbau die Alten und die gegenwärtige Generation der Arbeiterbewegung.

Aus der gesamten Sozialversicherung soll hier die Invalidenversicherung besprochen werden und ihre Anwendung auf die in der Hausindustrie beschäftigten Personen. Die Invalidenversicherung ist ein wichtiger Zweig der Sozialversicherung. Dieser Versicherungszweig versorgt hauptsächlich die Versicherten im hohen Alter und gewährt den Hinterbliebenen der Versicherten Renten. Daneben wird den Versicherten bei dauernder oder vorübergehender Invalidität eine Rente gewährt. Die Invalidenversicherung gibt aber noch bedeutende Summen für freiwillige Leistung (Heilanstaltspflege usw.) aus. Für die allgemeine Fürsorge und Hebung der Volksgeundheit werden ebenfalls von den Versicherungsanstalten, die die Träger der Invalidenversicherung sind, große Summen aufgewendet.

Die Invalidenversicherung ist der Teil der Sozialversicherung, der am meisten zentralisiert ist. So sind z. B. nicht nur

die Leistungen, sondern auch die Beiträge für das ganze Reichsgebiet einheitlich festgesetzt. Neben den Versicherungs-trägern; den Landesversicherungsanstalten, gibt es noch sogenannte Sonderanstalten, die für eine bestimmte Kategorie von Versicherten die Invalidenversicherung durchführen. Für die Bergarbeiter ist diese der Reichsbergbauverein, für die Arbeiter der Reichsbahn kommen die Arbeiterpensionskassen im Deutschen Reich in Frage; für die Seeleute besteht die Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherungskasse der Seefahrervereine.

Aber den Umfang der Versicherung kann gesagt werden, daß genau wie bei den anderen Versicherungsarten der A.V.D. auch bei der Invalidenversicherung der Versicherungszwang herrscht. Der Versicherung unterliegen dieselben Personen, die auch in der Krankenversicherung pflichtversichert sind mit Ausnahme der Angestellten, Werkmeister, Handlungsgehilfen und andere, die der Angestelltenversicherung angehören. Es kommen also bei der Invalidenversicherung in Frage alle Arbeiter, Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Dienstboten in Privat- und Gewerbebetrieben, landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Hausgewerbetreibende, gewisse Gruppen von den Schiffbesatzungen usw. Auf das Alter und die Höhe des Verdienstes kommt es dabei nicht an, nur nach unten hin ist für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter eine Mindestgrenze des Einkommens festgesetzt. Es können demnach sogar Schulkinder versicherungspflichtig sein, wenn sie das verlangte Mindestmaß an Einkommen haben.

Neben der Pflichtversicherung gibt es noch eine Weiter- und freiwillige Versicherung. Weiterversicherern kann sich jede Person nach einer vorhergegangenen Pflichtversicherung. Wie lange die Pflichtversicherung dauert, spielt keine Rolle, jedoch bestehen für die Personen, die nach dem vollendeten 40. oder 60. Lebensjahr eine erloschene Versicherung wieder aufleben lassen wollen, gewisse Erschwerungen. Zur Selbstversicherung sind berechtigt bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres: Gewerbetreibende oder andere Betriebsunternehmer, die in ihrem Betriebe keine oder höchstens zwei versicherungspflichtige Personen beschäftigen. Personen, die nur gegen freien Unterhalt arbeiten und solche, die nur vorübergehend gegen Entgelt Dienstleistungen verrichten. Die Hausgewerbetreibenden sind pflichtversichert. Nur besteht in der Aufbringung der Mittel keine Einheitlichkeit.

Aber die Ausbringung der Mittel ist zu sagen, daß die Lasten der Versicherung durch Beiträge aufgebracht werden, von denen der Arbeitgeber und der Versicherte je die Hälfte zu tragen hat. Jeder Versicherte hat eine Quittungskarte, in die der Arbeitgeber die Marken wöchentlich einkleben muß. Die Karte hat sich der Versicherte von den Ausgabestellen ausstellen zu lassen. Volle Karten werden bei diesen Stellen gegen neue umgetauscht. Der Versicherte erhält für jede volle Karte eine Bescheinigung. Bei regelmäßiger Beschäftigung reicht die Karte für ein Jahr. Sie ist aber spätestens zwei Jahre nach dem Ausstellungstag unzulässig. Die Marken, die in der Karte enthalten sind, sind durch Aufschrift des Datums zu entwerfen. Besondere Merkmale, die den Besitzer der Karte von anderen kenntlich machen, darf die Karte nicht tragen. Verlorene, eingetragene und unbrauchbare Karten werden gegen neue ersetzt.

Bei den Pflichtmitgliedern muß der Arbeitgeber jede Woche, in der Lohnarbeit verrichtet wird, sei es auch nur an einigen Tagen, eine dem Einkommen des Versicherten entsprechende Marke in die Karte kleben. Die Weiterversicherer und Selbstversicherer, ebenfalls die Hausgewerbetreibenden, die gleichzeitig für mehrere Arbeit- oder Auftraggeber tätig sind, müssen ihre Marken selbst kaufen und in die Karte einkleben. Jede Woche darf jedoch nur eine Marke verwendet werden. Bei der Weiterversicherung müssen alle zwei Jahre mindestens 20 und bei der Selbstversicherung alle zwei Jahre mindestens 40 Beitragsmarken verwendet werden. Wird diese Mindestzahl nicht erreicht, so geht jeder Anspruch aus der Versicherung verloren, auch wenn nur eine einzige Marke fehlt. Es kann den Weiter-, Selbstversicherern und Hausgewerbetreibenden, die gleichzeitig für mehrere Arbeit- oder Auftraggeber tätig sind, deshalb nur geraten werden, lieber eine Marke mehr als zu wenig zu verwenden. Dieses ist um so besser, da sich ja die Leistungen der Versicherung nach der Anzahl und der Höhe der verwendeten Marken richten.

Seit dem 1. August 1925 steht den Weiter- und Selbstversicherern usw. die Wahl der Lohnklasse nicht mehr frei. Sie müssen vielmehr Marken der Klasse verwenden, die ihrem Einkommen entspricht, mindestens ist jedoch Klasse II zu verwenden. Ist bei einem Versicherten die Anwartschaft erloschen, da er nicht die erforderlichen 20 bzw. 40 Beitragsmarken beigebracht hat, so lebt die Anwartschaft erst dann wieder auf, wenn von neuem 200 Beitragsmarken verwendet sind. Hat der Versicherte bei der Erneuerung des Versicherungszustandes das 40. Lebensjahr vollendet, so lebt die Versicherung durch freiwillige Beitragsleistung nur dann wieder auf, wenn vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Beitragsmarken verwendet waren und von neuem eine Wartezeit von 500 Beitragsmarken zurückgelegt wird. Hat der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft nur wieder auf, wenn vor dem Erlöschen mindestens 1000 Beitragsmarken zurückgelegt sind.

Die Leistungen der Invalidenversicherung zerfallen in Pflichtleistungen und freiwillige Leistungen. Zur Gewährung folgender Leistungen sind die Versicherungsanstalten verpflichtet: Invalidenrenten, Witwen- und Waisenrente, Waisenrente. Die freiwilligen Leistungen erstrecken sich in der Hauptsache auf die Gewährung von Heilverfahren und Invaliden- und Waisenhauspflege. Daneben geben die Versicherungsanstalten noch bedeutende Summen für allgemeine Krankheitsverhütung und Volksfürsorge aus.

H. Ellein.

Jugendbewegung.

Der Schutz der arbeitenden Jugend.

Unter diesem Titel behandelt eine vom Internationalen Gewerkschaftsbund herausgegebene Schrift die Lage des jugendlichen Arbeiters, einmal den Stand der gegenwärtigen Jugendschutzgesetzgebung in den verschiedenen Ländern zusammenfassend, zum anderen die gewerkschaftlichen Forderungen, die

zugunsten einer Ausdehnung und Erweiterung dieser Bestimmungen erhoben sind, umfassend und begründend. Im ganzen gibt diese Schrift in vorzüglicher Weise einen guten Überblick der nationalen und internationalen Jugendschutzgesetzgebung, ohne daß sie sich in Einzelheiten verliert. Den Ausgangspunkt der Betrachtungen bildet die Regelung, die die Schulpflicht in den einzelnen Ländern gegenwärtig gefunden hat. Die Forderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die in seinem Jugendschutzprogramm festgelegt wurde: Elementarschulpflicht mindestens bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, ist in vielen großen Industrieländern verwirklicht worden, doch bleiben gegenwärtig Italien, Spanien, Portugal, Ungarn und Japan mit der Begrenzung der Schulpflicht auf das vollendete 12. Lebensjahr, und Frankreich sowie Luxemburg mit einer Begrenzung auf das 13. Lebensjahr unter den zivilisierten Ländern hinter dieser gewerkschaftlichen Mindestforderung zurück, während Norwegen, Südafrika, Chile, Kanada und teilweise die Schweiz und die Vereinigten Staaten — in diesen letzten beiden Staaten uneinheitlich — in den einzelnen Ländern bzw. Kantonen — eine Schulpflicht bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, teilweise sogar bis zum 16. Lebensjahr aufweisen. Doch zeigen sich gegenwärtig bei den Gewerkschaftsverbänden vieler Länder Bestrebungen auf Verlängerung der Schulpflicht allgemein bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, weil einmal der Lehrstoff dauernd wächst, dann aber auch aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen. Diese Bestrebungen sind gegenwärtig besonders stark in Dänemark, Deutschland, Österreich, Frankreich und

Jugendgemeinschaft — Kampfgemeinschaft.

Gemeinschaft aber bleibt bloße Gemeinschaftsschwärmerei, wenn sie nicht Gemeinschaft einer gemeinsamen Sache, eines gemeinsamen Kampfes, einer gemeinsamen Arbeit ist. So mußte sich aus Mangel an einem Inhalt die bürgerliche Jugendbewegung in fruchtlosen Debatten über ihr eigenes Wesen auseinandersetzen. Da aber, wo Jugendbewegung und Arbeiterbewegung sich kreuzten, entsprang der Quell neuen Lebens. Erst die Arbeiterjugend vermochte der neuen Lebensform der Jugendkultur auch einen neuen starken Inhalt zu geben. Und so ist es kein Zufall, daß der Geist der Jugendbewegung erst in der Arbeiterjugend seine Erfüllung fand.

Gustav Radbruch („Kulturlehre des Sozialismus“, Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin).

England. Mit dem Alter der Schulpflicht läuft in der Regel in den verschiedenen Ländern parallel das Mindestalter für die Zulassung jugendlicher zur Arbeit in industriellen Betrieben, so daß in den Ländern mit einer Schulpflicht von weniger als 14 Jahren die Fabrikarbeit der Jugendlichen entsprechend frühzeitiger einsetzt als in Ländern mit längerer Schulpflicht. Die gewerkschaftliche Forderung lautet auch hier: grundsätzliches Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern bis zum vollendeten 14. Lebensjahr, eine Forderung, die in Spanien, Ägypten, China (10 Jahre), Italien, Litauen, Ungarn, Mexiko (12. Lebensjahr) und Persien (sogar 8. Lebensjahr) erst noch gesetzlich verankert werden muß. Auch in der Regelung der Arbeitszeit für Jugendliche gehen die gesetzlichen Bestimmungen der verschiedenen Länder oft weit auseinander. Sehr schriftlich ist die Regelung, die die Arbeitszeit für Jugendliche in Rußland gefunden hat, wo für 14- bis 16jährige Jugendliche eine Höchstarbeitszeit von 4 Stunden, für 16- bis 18jährige Jugendliche eine solche von 6 Stunden festgesetzt wurde. In den meisten übrigen Ländern herrscht die achtfundige Höchstarbeitszeit für Jugendliche vor. Rückständig ist vor allem das faschistische Italien mit einer 11stündigen Arbeitszeit für Jugendliche, aber auch Großbritannien mit seiner sehr veralteten Fabrikgesetzgebung (8 bis 10 1/2 Stunden), ebenso Dänemark mit einer 10stündigen Höchstarbeitszeit. Die Einschaltung von Arbeitspausen kommt den Notwendigkeiten des jugendlichen Organismus im besonderen Maße entgegen. Gesetzlich verankert ist die Einschaltung von Arbeitspausen in der Jugendschutzgesetzgebung Belgiens, Deutschlands, Großbritanniens, Finnlands, Dänemarks usw., während in anderen Ländern wie Österreich und Polen die Frage der Arbeitspausen tariflich geregelt wurde. Die Nacharbeit und die Arbeit unter Tage ist gegenwärtig in fast sämtlichen Ländern für Jugendliche unter 16 Jahren verboten, während die fortschrittlichen Länder diese Altersgrenze auf das 18. Lebensjahr heraufgerückt haben (Dänemark, Frankreich, Holland, Österreich, Polen, Rußland usw.). Die Hauptforderungen der Gewerkschaften zum Jugendschutz fanden ihren Niederschlag im internationalen gewerkschaftlichen Jugendschutzprogramm, das vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der Sitzung vom 23. und 24. Juni 1928 angenommen wurde, und das neben den bereits erwähnten Forderungen auch die Forderung auf bezahlten Urlaub, 3 Wochen für 14- bis 16jährige Jugendliche und 2 Wochen für 16- bis 18jährige Jugendliche, erhebt und darüber hinaus vor allem nachdrücklich die Schaffung ausreichender gesetzlicher Organe der Gewerbeinspektion fordert, da ohne eine wirksame Kontrolle die schönsten Schutzgesetze nur auf dem Papier bestehen.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Hauspfllege und Krankenkassen. Erkrankt im Proletarierhaushalt die Mutter, so ist damit ein besonderes Unglück über die Familie hereingebrochen. Aus leicht erklärlichen und verständlichen Gründen ist eine schwere Erkrankung der Hausfrau und Mutter im Haushalt des Arbeitnehmers schwer zu ertragen und nachteiliger, als wenn der Mann aufs Krankenbett geworfen wird. Erkrankt der Mann, so tritt zwar eine Verdiensteinbuße ein, da das Krankengeld ja niedriger ist als der übliche Arbeitsverdienst. Sonst geht jedoch meist der Haushalt seinen Gang weiter.

Nach wie vor versorgt die Mutter Wirtschaft und Kinder und hat höchstens infolge der Pflege, die sie ihrem erkrankten Lebenskameraden angedeihen lassen muß, und der sie sich in fast allen Fällen auch gern hingibt, etwas Mehrarbeit. In eigentlicher Unordnung gerät der Haushalt jedoch dann, wenn die Mutter, sei es infolge Krankheit oder Wochenbett, ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Entweder rafft sich die Kranke dann trotz Schmerzen und Krankheit auf, um Mann, Kinder und Haushalt wenigstens in notdürftiger Weise zu versorgen, oder die Krankheit ist so schlimm, daß sie dies trotz aller Vorsätze nicht tun kann. In beiden Fällen entstehen jedoch Nachteile. Legt die Kranke unter Aufbietung aller Kräfte mit Hand an die Fortführung des Haushaltes, so wird meist der Krankheitsverlauf ungünstig beeinflusst, ja die Krankheit kann sich erheblich verschlimmern. Hierdurch ist jedoch weder ihr noch der Familie gebient. Kann die Mutter infolge ihrer Krankheit nichts in ihrer Wirtschaft tun, so ist dies für die Kinder — zumal wenn diese selbst noch hilfsbedürftig sind — nicht gut, und darüber hinaus macht sich die Kranke hierüber noch Sorgen. Diese Sorgen hemmen natürlich wiederum einen günstigen Verlauf der Krankheit.

Diese Übelstände sollen durch die sogenannte Hauspflege abgestellt werden. Es gibt eine ganze Reihe Organisationen (Wohlfahrtsämter, Frauenvereine, Kirchengemeinden, Verein für Hauspflege usw.), die sich dieser Sache widmen. Diese Organisationen stellen und schicken den erkrankten Proletarierfrauen sogenannte Hauspflegerinnen. Die Hauspflegerinnen sollen einmal der oder dem Kranken die notwendige Krankenpflege gewähren, darüber hinaus sollen sie jedoch auch im Haushalt mit Hand anlegen. Dies kann und muß geschehen bei der Pflege der Kinder, Zubereitung der Mahlzeiten usw. Eine derartige Hauspflege ist vor allem auch dann nötig, wenn die Erkrankte im Krankenhaus liegt.

Dieser Hauspflege haben sich nun, wie bereits erwähnt, eine ganze Reihe Organisationen angenommen. Auch die größeren Ortsgruppen des Arbeiter-Samariterbundes führen dieselbe aus. Nun liegen die Dinge so, daß in den meisten Fällen diese Hauspflege bezahlt werden soll. (Im Arbeiter-Samariterbund ist diese Frage noch strittig.) Wenn auch nur geringe Beträge verlangt werden, so werden doch oft Proletarierfrauen hart davon betroffen. Sie verzichten — und müssen dies vielfach auch tun — lieber auf diese Hilfe, wenn dafür eine Entschädigung verlangt wird. Wie bei so manchen anderen Anlässen, so greifen auch hier wieder die heute so angefeindeten Krankenkassen helfend ein. Nach den gesetzlichen Vorschriften sind die Krankenkassen zweifellos berechtigt, diese Hauspflege zu gewähren. Größere Ortskrankenkassen sind bereits dazu übergegangen, eigene Hauspflegerinnen einzustellen, während andere dies wieder in ihrem Auftrag durch geeignete Personen durchführen lassen.

Diese von den Krankenkassen durchgeführte Hauspflege ist dem Sinne der Versicherung entsprechend vollkommen kostenlos. Noch gibt es eine große Anzahl Kassen, die Hauspflege noch nicht eingeführt haben. Die Schuld hieran liegt weniger an den Kassen, sondern an den Organen dieser Kassen. Es erwächst hier unseren Bestimmungsgenossen, die in den Vorständen dieser Kassen sitzen, eine dankenswerte Aufgabe. Sie müssen die Ein- und Durchführung dieser Hauspflege im Vorstand beantragen und befürworten. Gewiß ist die jetzige Zeit für die Versicherungsträger nicht gerade günstig. Es wird deshalb schwer halten, neue Leistungen einzuführen. Die Hauspflege erfordert jedoch so geringe Unkosten bei gleichzeitig ungeheuer großen Vorteilen für die Versicherten und damit auch für die Versicherung, daß ihrer Einführung objektive Hinderungsgründe nicht im Wege stehen. K1-3.

Literarisches.

„Der Fabrikarbeiter in der amerikanischen Wirtschaft“, von Dr. Jürgen Kuczynski und Marguerite Kuczynski. Verlag C. E. Hirschfeld in Leipzig. Preis gebunden 9 RM.

Die Verfasser sagen in ihrem Vorwort, daß sie verabsäumt haben, die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des amerikanischen Fabrikarbeiters statistisch darzustellen. Der Versuch ist reiflos gelungen. Es stellt in anschaulicher Weise und mit reichem Zahlenmaterial ein Bild der Löhne, der Beschäftigung, der Arbeitsstunden und der Produktivität der amerikanischen Fabrikarbeiter dar, sowohl im allgemeinen wie auch in einzelnen Industrien. Besonders interessant und aufschlußreich ist das Kapitel über die Löhne der wirtschaftlich stärkeren und wirtschaftlich schwächeren Arbeiter: die wirtschaftlich stärkeren Arbeiter sind die der Hochstaaten — der Süden entlohnt schlechter, vielleicht noch eine Folge der absoluten Überlastung der Arbeitskraft während der Schlafenszeit — aber auch die gelehrten Arbeiter werden besser bezahlt und vor allem aber die organisierten Arbeiter, deren Löhne nicht nur absolut höher sind als die der unorganisierten Arbeiter, sondern deren Ökonomie auch mehr gestiegen sind. Aber für die ungewohnte Mehrzahl der amerikanischen Arbeiter und Arbeiterinnen wird zutreffen, was die Verfasser feststellen, daß das Einkommen des amerikanischen Fabrikarbeiters so niedrig ist, daß es kaum mehr als die Hälfte der Kosten eines gebunden und anspruchsvollen Familienlebens deckt. Auch der amerikanische Fabrikant ist ja vor allem Kapitalist. — Je ein besonderer Teil des empfehlenswerten Buches ist die wirtschaftspolitischen Probleme der American Federation of Labor (Allg. Amerik. Gewerkschaftsbund), der Beschäftigung, den Löhnen und Arbeitsstunden der Fabrikarbeiter und der Arbeitsarbeit gewidmet. Wir kommen auf dieses Buch, das jede Gewerkschaftsmitglied auflesen muß und das für jeden Wirtschaftspolitiker der Gewerkschaften unentbehrlich ist, noch einmal zurück.

„Marxismus und Diktatur“, von Dr. Arkadij Gurland, Leipziger Buchdrucker-Verl., Leipzig C. 1. Preis 4 RM.

Das Wort und der Begriff „Diktatur“ spielen in den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen eine sehr große Rolle. Alle radikalen Parteien spielen mit dem Gedanken an eine Diktatur, die einen mit der Diktatur nach dem Vorbild des Duce Mussolini, die anderen mit der „Diktatur des Proletariats“, soll heißen, mit der der kommunistischen Partei. Es ist daher keine müßige Frage, wenn man danach forscht, was sich der Marxismus unter Diktatur vorstellt. Diese Frage will Arkadij Gurland in seinem Buch behandeln. Die sehr gründliche und wissenschaftliche Arbeit hat als Kapitel u. a. die Grundelemente der Marx'schen Staatsauffassung, Der Staat als soziales Gebilde, Klassenverhältnis und Diktatur, Bürgerliche und proletarische Revolution, Diktaturbegriff und materialistische Geschichtsauffassung.

In Nr. 2 der „Wirtschaftswoche“ der Berliner Gewerkschaftszeitung“ beleuchtet Fritz Gricke den von allen Seiten geführten Kampf gegen die „Bongen“ und führt ihn auf das zurück, was ihm Anstoß und Grundlage gibt, nämlich auf den Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung selbst. Der Verfasser zeigt die Hege gegen die „Bongen“ einmal als Mittel der politischen Gegner im Kampf gegen die Arbeiterbewegung selbst. Man will die großen Organisationen schwächen und unwirksam machen, deshalb muß das Vertrauen der Räte in diese Organisationen zerstört und das Vertrauen zur Führerschaft untergraben werden. Aber auch mit den Stimmen im eigenen Lager setzt sich Gricke auseinander. Er kommt zu dem Schluß: „Man sagt: Kampf den ‚Bongen‘ und meint Kampf der Arbeiterbewegung.“ Es ist notwendig, daß sich einmal eine Stimme zur Wehr gegen die tödliche und üble „Bongen“-Hege erhebt. Es wäre zu wünschen, daß dieser Artikel weiten Kreisen der Kollegen zugänglich gemacht wird. Das Heft enthält außerdem noch den Bericht der Berliner Gewerkschaftszeitung über das Jahr 1929/30.

Ein Feind der Gesundheit. Unter diesem Titel behandelt der hervorragende Sozialhygieniker Professor C r a f f a n in einer fachen vom Arbeiter-Abstinenzbund (Berlin SW 16, Engelstr. 24/25) herausgegebenen Broschüre (16 S., 20 Pf.) ein wichtiges Kapitel der persönlichen Gesundheitspflege: die Wirkung der alkoholischen Getränke auf den menschlichen Organismus. In einfacher, klarer Sprache legt er dar, daß der gewohnheitsmäßige Alkoholgenuß fast an jedem Organ Spuren hinterläßt und die Widerstandsfähigkeit gegen alle krankmachenden Einflüsse herabsetzt. Mit der ersten Mahnung, einmal zu prüfen, ob die heute für Alkohol ausgegebenen Summen nicht besser der Ernährung und Schulung der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung zugewandt werden sollten, schließt die kleine Schrift.

Walter Victor: Einer von Vielen, eine Erzählung aus dem Leben der Erbenarbeiter in den sächsischen Bergwerksgebieten. Verlag von J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 6, Lindenstraße 3. Preis 1,40 RM. In der Erzählung wird die Tragik eines Arbeiters lebendig aufgezeigt. Witter, harte Tage, ein harter Lebenskampf, Arbeitslosigkeit, das Bergwerkunfall, die Kappenung, die Verletzung der Ehe, Gebühre, eine erschütternde Erfahrung, die aber bei allen Organismen doch auch den Anreiz der höchsten Erhebung. Diese Erzählung ist die Organisation der arbeitenden Menschen, die der Welt einmal ein anderes Gesicht geben und solche Tragödien, wie die hier geschilderte, unmöglich und unnötig machen wird.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Puppenspieler.

Von Alexander Graf Stenbock-Fermor.

Ich bummle durch die Hauptstraße der kleinen Stadt und bleibe vor dem Schaufenster der Buchhandlung stehen. Zwischen den Büchern, Bildern, bunten Schalen, Luchern, Mandolinen ist ein Kasperletheater aufgebaut. In der einen Ecke der Bühne hoch das Kasperle mit schwarzgelbem Gesicht, frecher Nase und frechem Sinn. Ihm gegenüber sitzt zusammengesunken, erschöpft, eine wunderschöne Prinzessin mit blauen Märchenaugen und gelben, herabfallenden Haarbüscheln. Man denkt: jetzt wird der Kasperl anzüglich werden und die Prinzessin um Hilfe schreien — aber die Puppen liegen bewegungslos, wie im Schlaf. Nur der unverschämte Kerl mit der gelben Gurkennase scheint mit einem Auge höhnisch zu blinzeln.

Ich trete ins Geschäft, unterhalte mich mit dem Buchhändler. Er ist schlank, hat blaue Augen und eine Glase. Es ist ihm anzusehen, daß er eine idealistische Weltanschauung hat und ungern Ansehen ist. „Morgen geht's los“, sagt er, „ich ziehe mit dem Puppenbühnen von Stadt zu Stadt und von Dorf zu Dorf und spiele in den Schulen. Wenn ich nur einen Begleiter hätte! Das ginge viel leichter.“

„Einen Begleiter? Teufel, da nehmen Sie doch mich mit! Ich habe gerade keine Stellung und suche krampfhaft Geld zu verdienen.“

„Abgemacht! Sie kommen mit! Wir teilen uns den Reingewinn. Morgen 6 Uhr geht der Zug.“

Das nächste Ziel ist ein kleines Städtchen, eine Stunde entfernt. Das große Gepäck, die zusammenlegbaren Stangen für das Bühnengefüll, geben wir auf. Die Puppen schleppen wir in zwei schweren Handkoffern.

Wir sind angekommen, lassen das Gepäck im Aufbewahrungsraum und wandern zur Schule. Holpriges Pflaster und wind-schiefe Häuschen. Frauen waschen die Fenster Scheiben. Jungen und Mädchen ziehen mit Kanzen und Mappen durch die Straßen. Ein blauer Briefträger kommt uns mit krummen Knien entgegen. Der Milchwagen klingelt vorbei.

Die Schule ist ein rotes, nichternes, einschüchterndes Gebäude. Wir fragen nach dem Direktor. „Zimmer soundsso. Man läßt uns vor. Der Direktor hat einen grauen Knebelbart und einen kleinen, dicken Bauch. Der Buchhändler legt los: „Puppen-spiele... volkszerstörerische Abzichten... Wiederbelebung des altdeutschen Kasperletheaters... Volkskunst gegen verflachendes Kino, Radio.“

Der Direktor trocken seinen Kneifer und nickt freundlich: „Ja, ja, ich bin sehr einverstanden! Wollen mal sehen, ob sich's machen läßt.“ Er blättert im Kalender. „Am, hm, Dienstag? Halt, das geht! Von 11 bis 1 Uhr Freistunde, der Deutschlehrer ist erkrankt. Also sagen wir in der Turnhalle, was? Da ist mehr Platz als in der Klasse!“

Wir danken beglückt. Die Hauptsache ist getan — die Vorstellung gesichert!

Dann schleppen wir keuchend unser Gepäck vom Bahnhof in die Turnhalle. Um 10 Uhr bauen wir das Gestell auf, schrauben die vielen Stangen und Bretter zusammen. Bald steht eine große, bunte Bühne da! Sie wird noch mit Schirmen und umgekippten Tischen ganz von der Außenwelt abgeschlossen. Auf den Tisch legen wir die Puppen in langen Reihen zurecht. Der Buchhändler hat sie alle selbst geschnitten. Da liegen sie friedlich nebeneinander: das Kasperle, der Tod, die Mädel, der Henker, der Polizist.

Dann gibt es Käse draußen — die Kinder kommen! Wir stellen uns an die Ausgänge und sammeln, mit Säcken bewaffnet, das Geld ein. 30 Pfennig Entree! Jungen und Mädchen drängen sich erhöht herein. Großen klappern in die Säcke. Das Schief hat, drängt, schreit und lacht. Manche haben nicht genug Geld — ein bitterer Blick — wir drücken die Augen zu. Der Turnsaal wird halb voll — über hundert Kinder!



beobachten. Ungeheure Spannung. Die Kinder reißen Mund und Augen auf. Die Mädel, mit blonden, braunen, schwarzen Zöpfen, haben sich untergehakt.

Zweiter Akt: Die schöne Mädelstochter mit blauen Augen und blonden Haarstrahlen und der Müller treten auf. „Wir sind ihm schuldig vieles Geld... er kann uns tun, was ihm gefällt... drum Lächel, sollst du helfen mir... aus diesem Strohhalm Gold du hier!“ Die Tochter wirft entsetzt die Arme hoch, mit hohem Silberstimmchen (der Buchhändler macht das ausgezeichnet): „Aus Strohhalm Gold? Mit meinem Arm? ... Unmöglich, Vater! Dich erbarm!“ Aber der Müller schreit zornig: „Mein Leben steht jetzt auf dem Spiel... Drum rat' ich dir nur, spinne viel!“ Ab nach links. Bewegung unter den Zuschauern.

Die Tochter setzt sich weinend an das winzige, schnurrende Spinnrad und singt mit trübsinniger Stimme: „O weh, was fang ich Arme an! Um meinen Kopf ist's bald getan! Was soll ich tun in meiner Not? Ich weine mir die Augen rot.“

Unter den Mädeln im Publikum beginnen einige ebenfalls zu schluchzen.

Plötzlich gibt es einen schrecklichen Knall (ich habe mit der Schreckschußpistole geschossen), und ein kleiner, roter Geist mit flatterndem Mantel tanzt und springt auf die Bühne, unter teuflischem Gelächter. Er verspricht, der Mädelstochter zu helfen und Gold, so viel sie will, zu spinnen, wenn sie ihm dafür ihr erstes Lächelchen schenkt. (Empörung im Publikum.) In ihrer Not verspricht sie alles. Nun setzt sich der Geist an das Spinnrad und spinnt goldene Fäden aus dem Stroh. Singt dabei höhnisch: „Tra, ra, ra, ja, der Tag ist nah, da ich... das Kindelein, bald, bald, wird es mein!“

Im nächsten Akt heiratet der edle König, der über das schnelle, maßlos verdiente Geld entzückt ist, die Mädelstochter. In der Pause haben wir ihr einen zarten, weißen Seidenschleier umgebunden und einen goldenen Reifen — nun ist sie eine kleine, liebliche Königin. Und eins, zwei, drei ist auch das Lächelchen da, eine winzige Puppe, die die Königin glücklich in den Armen schaukelt. Aber auf einmal springt und tanzt der böse, kleine, rote Geist herbei und verlangt das versprochene Kind. (Das Publikum nimmt eine drohende Haltung an.) Die Königin weint und fleht. Der Geist will unter einer Bedingung verzichten — wenn sie seinen Namen herausbekommt! Sonst — am nächsten Tag holt er das Kind... Die Kinder sind in höchster Erregung. Ihre Wachen glähen. Da erscheint das Kasperle. Frech, quersüchtern, Brausende Begeisterung. Kasperle — der Narr und mystische Volkshehl, der nur eine Autorität kennt: den gelunden Menschenverstand. Der den Kampf aufnimmt gegen alle bösen Mächte: die Obrigkeit, den Polizisten, den Henker, den Teufel und den Tod. Hier, in diesem Stück, ist er der gute Helfer und Freund, der zur rechten Zeit eingreift. Kasperle verspricht, der Königin zu helfen und den Namen des Geistes herauszukriegen...

Der vierte Akt ist der Höhepunkt der Vorstellung. Kasperle auf der Suche nach dem roten Geist! Er erlebt wilde Abenteuer im Walde mit Krokodilen, Gespenstern und Teufeln. Die Kinder nehmen leidenschaftlich Partei und versuchen immer wieder in die Handlung einzugreifen.

Da ist eine Szene: Kasperle ist müde und schlummert ein. Plötzlich wachst aus dem Boden der Tod, ein fürchterliches Gerippe mit einer langen Sense. Die Kinder fangen an zu schreien und Kasperle zu warnen. Der schläft seelenruhig weiter. Mit der Sense kühlt der Tod ihn von hinten am Hals. Kasperle kräftigt sich nur. Die Kinder brüllen. Kasperle wacht auf, der Tod verschwindet schnell. „Na, Kinder, warum schreit ihr denn so? Ich will doch ein bißchen schlafen!“ „Der Tod war doch eben da, Kasperle!“ „klingt es aufgeregt.“ Kasperle dreht sich nach allen Seiten. „Ist ja gar nicht wahr!“ „Doch, doch!“ „Ach, ihr wollt mich nur verhöhnen! Ich schlafe weiter!“ „Nein, nein!“ antwortete es empört.

Stille. Wieder tanzt der Tod auf. Die Kinder trampeln. Der Tod nähert sich dem schlafenden Kasperle. Das Gebrüll schwillt an. Der Tod hebt seine Sense. Nun kann sich das Publikum nicht mehr halten. „Kasperle, Kasperle, der Tod!“ „Kasperle, wach doch auf!“ Die Jungens von den ersten Bänken sind aufgesprungen und wollen das Theater stürmen, um Kasperle zu retten. Der Lehrer kann sie nur schwer bändigen.

Gott sei Dank! Im letzten Augenblick wacht Kasperle auf und biegt den Kopf zur Seite, die Sense schießt vorbei. „Gott! Gott, Herr Tod! Na, Kinder, soll ich den mal verlobaden?“ Begeisterte Zustimmung. Kasperle nimmt seinen Knüttel und haut auf den Tod ein, das knallt nur so auf dem Holzkopf. Die Kinder rufen. Sie wollen am liebsten mitlaufen. Wie der Tod manöviert herunterhängt, gibt es jubelnden Beifall.

Dann gelangt es dem Kasperle, den roten Geist aufzufressen. Hinter einem Baum versteckt, belauscht er ihn. Der Geist singt, springt, hüpf, tanzt und singt mit schriller Stimme: „So, ho, ho, ach wie bin ich froh! Ach, wie gut, daß niemand weiß, daß ich Rumpelstilzchen heiß...“

Schlafhakt. Der König und die Königin sitzen auf dem Thron in großen Sorgen. Berühmte Gelehrte mit hohen, gefurchten Stirnen sind versammelt und grübeln über den Namen des Geistes nach. „Heißt er Franz? oder Franz? Albert, Konrad, Hans? Wittbold, Wippen, Zanz? Berthold, Richard, Bruno? Edmund, Erwin, Friedrich, Freund? Felix, Kochrich, Harald, Siegmund? Rippenhieb oder Haumeiswade? Schnipp, Schnapp, Schnupp oder Karbonade? Schambertier oder Schnurehein? Krummholzmold oder Friedeklein? Trulala oder Affenschwanz? Kägenod oder Mäuselanz?“

Der rote Geist häuft teuflisch grinsend heran und verlangt das Kind von der weinenden Königin. Die Kinder brüllen aufgeregt: „Kasperle, Kasperle, wo steckst du denn?“

Kasperle kommt vergnügt um die Ecke. Klatschen. „Ja, wie er heißt!“ „Atemlose Stille. Der König, die Königin springen auf. Der rote Geist höhnt: „Na, sag's doch!“ Kasperle triumphiert: „Da heißt... oh, nun habe ich es vergessen!“ Die Kinder trampeln, pfeifen vor Empörung. „Kinder, wist ihr's denn noch?“ „Ja, ja! Rumpelstilzchen, Rumpelstilzchen, Rumpelstilzchen!“ brüllt, kreischt, schreit es von allen Seiten.

„Ja, richtig: Rumpelstilzchen heißt du!“ Rumpelstilzchen hüpf während in die Höhe und sticht. Der König und die Königin sinken sich in die Arme. Kasperle kriecht von der Königin und vom König einen schmeichelnden Fuß. Schluß. Vorhang. Donnernder Applaus. Kasperle kann sich mit gekrenzten Armen immerzu verbiegen...

So vergehen die nächsten Tage. Mit dem ersten Zug fahren wir immer zum nächsten Ort. Der entscheidende und spannendste Augenblick ist die Unterredung mit dem Direktor. Wenn er abwinkt — sitzen wir da, und müssen mit dem Verdienst der letzten Vorstellung auskommen. Dann versuchen wir schon, in die nächste Stadt zu kommen, um die Vorstellung für den kommenden zu sichern.

Einmal in einer kleinen Stadt haben wir die Bühne in einer leeren Halle aufgestellt. Die Vorstellung soll nachmittags um 5 Uhr stattfinden. Der Lehrer verspricht, die Jungen und Mädchen in der Klasse darauf hinzuweisen.

Wir warten geduldig. Gegen 5 Uhr kommen vier kleine Bengel und zwei Mädel anspringen. Schluß. Dann, 1/2 nach 5 Uhr, erscheint noch ein Junge, und niemand mehr. Vor sieben Jahren können wir nicht spielen. Wir zahlen das Entree mit langen Gespöthern zurück und bauen senzen ab.

Als wir unsere Kasse prüfen — werden wir bleich: 4,20 Mk. alles zusammen! In den letzten Tagen hatten wir nur wenig verdient und die Tagesausgaben verschlungen viel. Wir wollen schleunigst zur nächsten Stadt — der Zug geht morgens 5.10 Uhr.

Auf jeden Fall nehmen wir schon die Karten... 3,00 Mk. Als Rest bleiben 60 Pf.! Wir kaufen uns Apfel und trockenes Brot. Eine Jugendherberge gibt es hier nicht. Hofets kommen nicht in Frage. Wir ziehen in den Wartesaal!

Da sitzen wir nun, hungrig und hoffnungslos. Der Selger der großen Uhr bewegt sich langsam. Es ist entsetzlich ungemütlich. Geruch von kaltem Bier und kaltem Rauch. Ein blauer Kellner in schmierigem Frack lehnt gähmend an der Theke. Wir stützen unsere Köpfe auf die verchränkten Arme, versuchen einzunicken...

Ein fahler Morgenschein fällt durch die ruffigen, verklebten Scheiben. Uns ist übel von der Luft und vor Hunger. Wir suchen in unseren Taschen. 40 Pf. kommen zum Vorschein. „Ober, ein Kaffee!“ Wir trinken gierig, jeder eine halbe Tasse. Es hilft doch etwas. Endlich schlägt es 5 Uhr.

Dann klappert der Zug mit uns davon. Wird es uns gelingen, heute eine Vorstellung unterzubringen? Alles, alles hängt davon ab? Wenn wir abgewiesen werden...!

Wir kommen an, wanken übermäßig durch die Straßen. Da ist die Schule! Drohend, böse, abweisend! Wenn es jetzt nur klappert! Der Buchhändler will allein hineingehen. — Ich warfe draußen, ätzend vor Aufregung. Kneife die Dämonen! Der Buchhändler erscheint strahlend! Gewonnen! „Ja, wir haben verdammtes Glück! Freistunde von 10 bis 11 Uhr. Wir können auf guten Besuch rechnen!“ Wir atmen auf.



Fastig bauen wir die Bühne in der Turnhalle. Der Magen knurrt, der Riemen... enger geschnallt. Durchhalten! Um 10 Uhr strömt es herein... strömt, strömt. Geld plumpst in die Beutel. Hundert Kinder, zweihundert, dreihundert, dreihundert-fünzig Jungen und Mädchen aus vielen Klassen!

Noch nie haben wir so begeistert gespielt! Noch nie ist das Kasperle so frech gewesen und die Mädelstochter so süß; niemals hat Rumpelstilzchen so teuflisch gelacht und der König so edel beklammert — und niemals ist das Publikum so aus dem Häuschen gewesen...

Wir zählen das Geld: über 100 Mark. Jeder 54 Mark! Es ist nicht zu fassen. Im Saufetempo bauen wir ab, stürzen ins nächste Gasthaus. Ich lasse mir zweimal hintereinander das Menü reichen. Auch der Buchhändler ist heute Fleisch. Mit Mähe stehen wir auf.

Dann bummeln wir aus der Stadt hinaus. Staubige Landstraße. Rechts und links Wiesen. Wir werfen uns ins Gras. Die ganze Welt gehört uns. Weibliche Käse sehen uns stumpf und freundlich an. Hoch beladene Erntewagen ziehen vorbei. Die Sonne brennt. Es duftet stark und süß. Über dem blauen Himmel flattern kleine weiße Wölchlein. Wir sind müde, faul, glücklich. Vor dem Einschlafen klimpere ich mit meiner Tasche. Da sind 50 Mark drin... 50 Mark!

Humoristische Ecke.

Die Käse. Die Mädchen einer Volksschule schrieben einen Aufsatz über „Die Käse“. Eine 11-jährige Schülerin brachte folgendes darüber zu Papier: „Die Käse bepflanzt sich durch Junge fort, welche neun Tage unsichtbar sind. Dann bekommen sie Augen, die Alte setzt sich darauf, sonst frißt sie der Kater zusammen. Die Käse sind sehr possierlich und beschaffigen sich mit Zwirnkäse und anderen Unfug. Dann lernen sie Mäuse fangen, indem ihre Krallen unhörbar sind. Die Ohren sind scharf und spit, um ein Mäuselchen zu erwischen. Endlich kommt's aus dem Loch. Diese läßt sie ein paar mal laufen, bevor sie es frißt. Die Käse ist mit einem verschiedenen Fell überzogen. Sie wird elektrisch, wenn man ihr entgegenfährt. Hinter ihr befindet sich der Schwanz. Dieser wird immer dünner und hört am Ende ganz auf. Mittels ihrer Krallen ist sie sehr anhänglich und klettert auf Bäume, wo sie Eier für ihre Jungen fängt.“

Zu viel verlangt. Ein Hilfsarbeiter, der zum ersten Male zu den Dachdeckern kam, wurde über Land geschickt. Er sollte, bis die Dachdecker kommen, die Schiefer hinaustragen. Er ließ sich von der Frau Kasser die Schlüssel geben, aber diese wollte doch selbst mit hinaufgehen. Die Frau war in gesegneten Umständen — es ging ziemlich langsam die vielen Treppen in die Höhe. Nachdem sie so an achtzig Stufen hoch geklettert waren, wurde es unserem Hilfsarbeiter aber doch zu dümm. Er fragte die Frau Kasser: „Wie lange dauert es denn eigentlich noch?“ Die meinte, er frage nach ihrem Zustand, und sagte: „Noch gut drei bis vier Wochen.“ „Ach, du lieber Gott“, meinte der Mann, „da gehe ich wieder heim, das ist mir doch zu hoch.“ Sprach's und fuhr wieder in die Stadt zurück. (Aus der Dachdecker-Zeitung.)

Dem „Wahren Jakob“ entnehmen wir folgende Scherze: Frau Abeles scheint sich endlich über den Tod ihres ersten Mannes getröstet zu haben. „O ja, aber ihr zweiter Mann noch nicht!“

Schalom Ach begegnet einem Bekannten, einem Herrn Krohn, der früher Kohn geheißen hatte. „Ei guten Tag, Herr Krohn. Wo haben Sie denn dieses häßliche tollende r her in Ihrem Namen?“ „Von Ihnen, Herr Ach, von Ihnen!“

„Sie wollen also Schaffner werden? Ja, sind Sie denn für diesen Beruf auch geeignet?“ „Ja, ich war früher Gardinenmacher.“ „Junger Mann, Sie sind engagiert!“